Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1920

207 (7.9.1920)

Visual Library

No. 207 Karlsruhe, Dienstag den 7. September 1920 40. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M einschl. 80 ₰ Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 4.60 M; durch die Post bezogen 4.80 M, ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr, monatl. Einzelexempl. 25 ₰.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelzeile 1.— M. Die Reklamezeile 3.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluß ½9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Der russisch-polnische Krieg

Russischer Bericht.

Moskau, 6. Sept. Im Abschnitt Brest-Litowsk dauern die Kämpfe nördlich und nordöstlich Brest-Litowsk weiter. Im Abschnitt Cholm warfen unsere Abteilungen den Gegner auf das linke Ufer des Bug zurück. Im Abschnitt Wladimir-Wolynsk zersprengten wir eine starke feindliche Abteilung, wobei wir über tausend Gefangene machten. Abschnitt Lemberg: In ungestümem Vorstoß warfen unsere Abteilungen den vordringenden Gegner in westlicher Richtung zurück, machten 300 Gefangene und erbeuteten drei gebrauchsfähige Geschütze und dreißig Maschinengewehre. Im Krimabschnitt dauert der hartnäckige Kampf an.

WTB. **Paris**, 6. Sept. Ein Moskauer Funkspruch vom 4. ds. Mts. meldet: An der Westfront bei Brest-Litowsk dauern die Kämpfe fort. In der Gegend von Wladimir-Wolynsk haben unsere Truppen nördlich von Grubeschow eine starke feindliche Abteilung geschlagen und mehrere tausend Gefangene gemacht. Sie vernichteten das zweite polnische Infanterieregiment. An der Südwestfront brachten unsere Angriffe einen feindlichen Vorstoß zum Scheitern; der Feind wurde nach Westen zurückgeschlagen. In der Gegend von Halicz verfolgen die roten Truppen den Feind gegen den Dnjester. Im Krimabschnitt heftige Kämpfe. Vierzehn Werst südwestlich von Achtynsk wurde eine feindliche Landungsabteilung in das Meer zurückgeschlagen. Im Süden wurden isolierte feindliche Gruppen von uns geschlagen und vernichtet.

Polnischer Bericht

WTB. **Kowno**, 6. Sept. Wie der Korrespondent der „Berlinske Tidende" aus Warschau meldet, ist es Budjennys gelungen, sein Heer mit ziemlich gutem Erfolg über den Bug zurückzuziehen. Bei Lemberg gehen die Bolschewisten unter kleinen Kämpfen zurück. Gestern beschäftigte sich der Nationalrat für die Verteidigung mit den von der Regierung und dem parlamentarischen Rat ausgearbeiteten Vorschlägen zu den Friedensbedingungen, die in Riga den Russen gestellt werden sollen.

Odessa genommen?

Berlin, 6. Sept. (Privattelegramm.) **Wie Daily Telegraph laut einer Pariser Meldung berichtet, haben die Truppen Wrangels den Dnjestr überschritten und Odessa eingenommen.**

Beginn der Verhandlungen

WTB. **Riga**, 6. Sept. Havas. **Die Eröffnung der russisch-polnischen Verhandlungen ist für den 9. September vorgesehen.**

Polnisch-litauische Verhandlungen

WTB. **Paris**, 6. Sept. Havas berichtet aus Warschau: Die **polnisch-litauischen Feindseligkeiten sind beendet.** In Mariampol werden unverzüglich Friedensverhandlungen eröffnet.

Uebergetretene Bolschewisten

Berlin, 6. Sept. Der erste Transportdampfer mit nach Ostpreußen übergetretenen roten Truppen ist heute, wie der „Lokalanzeiger" meldet, in Swinemünde eingetroffen. Er brachte 800 Bolschewisten, die in ein Internierungslager in der Provinz Hannover transportiert wurden.

Die Lage in Italien

WTB. **Mailand**, 6. Sept. **Die Metallarbeiter haben beschlossen, die Beschlüsse der Industriellen bis zum 10. d. M. abzuwarten, alsdann solle die Besetzung der Fabriken in ganz Italien erfolgen. Der gestrige Tag ist ruhig verlaufen. In dem Elektrizitätswerk der Privatgesellschaft Edison in Mailand ereignete sich ein Zwischenfall. Am Montag fehlte in der Stadt der elektrische Strom. Straßenbahnen konnten daher nicht verkehren.**

Ein Triester Telegramm des „Secolo" meldet, daß es infolge des Generalstreiks zu Zusammenstößen zwischen bewaffneten Sozialisten und Mitgliedern des bürgerlichen Blockes kam, bei denen es Schwerverletzte gab. Die Carabinieri veranstaltete Haussuchungen in den Räumen der sozialistischen Partei und der bürgerlichen Blockparteien. An dem letzteren Orte verliefen sie ergebnislos, während bei den Sozialisten Waffen und Munition beschlagnahmt wurden. Unter dem Beifall der Menge entfernte ein Carabineri die Sowjetflagge von dem Sitze der Sozialisten.

WTB. **Mailand**, 6. Juni. **In einer Versammlung der Vertreter der C.G.T. und des Aktionskomitees des italienischen Metallarbeiterbundes der sozialistischen Parteileitung und der Arbeiterkammern wurde eine Resolution angenommen, in der das Vorgehen des italienischen Metallarbeiterbundes gebilligt wird. Die Vertreter der Arbeiterorganisationen verpflichten sich, die Lösung des Streikfalles zu erleichtern. Auch wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Arbeitgeber in ihrer Unversöhnlichkeit nicht die Bestrafung der Metallarbeiter verlangen.**

Paris, 5. Sept. Nach einer Meldung des Temps haben die bolschewistischen Schiffer in Genua sich aller im Hafen liegenden Handelsschiffe bemächtigt und drohen, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzufahren, zu beschießen.

Deutsch-italienische Konferenz

WTB. **Mailand**, 6. Sept. **In Stresa ist am Sonntag die deutsche Delegation mit dem deutschen Ernährungsminister Hermes an der Spitze angekommen, die, wie bereits gemeldet, in einer Konferenz mit den italienischen Vertretern die Modalitäten des Spaer Uebereinkommens betr. die Kohlenlieferungen und die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln festsetzen wird.**

Waffenablieferung

Berlin, 6. Sept. **Der dem Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung beigegebene parlamentarische Beirat hat heute den Entwürfen der zweiten und dritten Ausführungsbestimmung zum Entwaffnungsgesetz zugestimmt. Die zweite Ausführungsbestimmung setzt fest, daß neben Armeerevolvern auch Armeepistolen ablieferungspflichtig sind. Die dritte Ausführungsbestimmung enthält ein allgemeines Verbot der Beförderung von Militärwaffen, Teilen von Militärwaffen und Munition. Unter das Verbot fallen nicht die Transporte, die auf Grund von Bestimmungen des Friedensvertrages ausgeführt werden. Alle diese Transporte müssen als solche äußerlich gekennzeichnet sein. Der Beirat hat ferner eine Entscheidung gefaßt dahingehend, daß er von der Erklärung des Reichskommissars und des Vertreters des Reichsverkehrsministers Kenntnis nahm, nach welcher Transporte, die den Ausführungsbestimmungen des Entwaffnungsgesetzes genügen, von Unbefugten weder kontrolliert noch angehalten werden dürfen. — Der Reichskommissar wird zur Kontrolle darüber, daß bei den Bahntransporten den Bestimmungen der neuen Verordnung entsprochen wird, bei jeder Eisenbahndirektion eine Kommission einsetzen, die aus dem zuständigen Referenten und dem Obmann des Eisenbahnbetriebsrates bestehen wird. In Zweifelsfällen hat die Kommission die Genehmigung des Reichskommissars für die Entwaffnung einzuholen.**

Angehaltene Entente-Transporte

Erfurt, 6. Sept. Am Freitag wurden die Wagen eines Poloniazuges, die mit Munition beladen waren, in Erfurt ausrangiert. Sie sollten am Sonntag weiter befördert werden. Am Samstag wurde die aus einer Million Gewehrpatronen bestehende Ladung von den Arbeitern herausgeholt und die Kisten, eine nach der andern, zur Explosion gebracht.

Berlin, 6. Sept. Wie amtlich bekannt gegeben wird, hat der Reichsverkehrsminister die Eisenbahndirektion Erfurt telegraphisch angewiesen, sofort alle bei dem Abhängen und Entladen eines Wagens aus einem Ententenachschubzug und bei der Vernichtung der Munition **beteiligten Arbeiter ohne Einreichung einer Kündigungsfrist zu entlassen** und sie außerdem der **Staatsanwaltschaft zur gesetzlichen Verfolgung anzuzeigen.**

•

Anläßlich der Erfurter Vorgänge schreibt der „Vorwärts", daß die Arbeiterschaft in Erfurt fast ganz unter kommunistischem oder unabhängigem Einfluß stehe. Die Arbeiterschaft habe trotz der Verhandlungen ihrer Kommission aus Eigenem heraus zu der wilden Maßregel gegriffen und sei augenscheinlich das Opfer kommunistischer Phrasen geworden. Wahrscheinlich sei allerdings, daß die Entlassung und mögliche Bestrafung der beteiligten Arbeiter wiederum zur Generalstreikpropaganda Anlaß gebe. Das Blatt hofft aber, daß sich die Mehrheit der Arbeiter aus solchen Anlässen nicht in Unbesonnenheiten hineintreiben lassen werde.

Aus den besetzten Gebieten

Ludwigshafen, 6. Sept. Wegen des Auftretens der Mannheimer Kommunistin, Frau Dr. Stern, am 13. August in einer Versammlung in Ludwigshafen, wobei die Genannte beleidigende Aeußerungen gegenüber der Entente ausgesprochen haben soll, wurde der Versammlungsleiter Wilhelmy und der unabhängige Vorsitzende Sommer vor das französische Polizeigericht zitiert. Obwohl Wilhelmy der Rednerin sofort ins Wort gefallen war und daher für die Entgleisungen der Frau Stern nicht verantwortlich gemacht werden kann, verurteilte das französische Polizeigericht Wilhelmy und Sommer zu je 2000 M Geldstrafe. Das Gericht vertrat die Auffassung, daß der Rednerin nicht das Wort hätte erteilt werden dürfen. — Vor dem gleichen Polizeigericht wurde der Kommunist Gascho, der nach der Versammlung die Verhaftung der Frau Dr. Stern verhindert haben soll, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Frau Dr. Stern wurde in Abwesenheit zu der gleichen Strafe verurteilt.

WTB. **Koblenz**, 6. Sept. Vom Rheinlandkommissariat für die besetzten Gebiete wird mitgeteilt: Der Befehlshaber im Saargebiet hat anläßlich der neuen Unruhen zahlreiche Personen aus dem Saargebiet ausgewiesen und auf das rechte Rheinufer abschieben lassen. Diese militärische Maßnahme hat nicht etwa, wie vielfach angenommen worden ist, die Bedeutung einer Ausweisung aus dem rheinischen besetzten Gebiet. Eine solche kann vielmehr nur durch die interalliierte Rheinlandskommission ausgesprochen werden.

39 Deutsche von den Polen hingerichtet

Die „Neuen Westpreußischen Mitteilungen" berichten: An den Graudenzer Anschlagsäulen sieht man Anschläge in polnischer Sprache, auf denen die Namen von 39 Deutschen die wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse hingerichtet wurden, verzeichnet sind.

Erzbischof-Wahl

WTB. **Freiburg i. B.**, 6. Sept. An Stelle des verstorbenen Erzbischofs Dr. Thomas Nörber wurde heute der Generalvikar Dr. Fritz-Freiburg, der die Erzdiözese seit dem Ableben des früheren Erzbischofs verwaltet hatte, zum Erzbischof gewählt.

Die Sinnfeiner in Irland

London, 6. Sept. Bewaffnete Sinnfeiner haben gestern das Telegraphenamt und Börse in Cork überfallen und die drahtlose Telegrapheneinnrichtung, sowie die Telegraphenapparate beseitigt. Etwa 1000 Sinnfeiner brannten das Gerichtsgebäude und die Polizeikaserne nieder.

Kleine Nachrichten

Braunschweig, 6. Sept. Laut „Landeszeitung" wurde in der Nacht zum Sonntag in den Geschäftsräumen der Landwirtschaftlichen Versuchsstation ein ungemein dreister Diebstahl ausgeführt. Außer den Postscheck- und Bankbüchern fielen den Dieben für etwa eine halbe Million Platin in die Hand.

Wien, 6. Sept. Infolge der Nichtbewilligung einer Reihe von Forderungen ist das Personal von vier Wiener Theatern in den Ausstand getreten. Sollte es heute nicht zu einer Einigung kommen, so würde der Streik auf sämtliche Wiener Theater ausgedehnt werden.

Paris, 6. Sept. Wie „Petit Journal" meldet, ist es gelungen, die 700 Soldaten und den größten Teil der Ladung des gescheiterten Dampfers, den früheren deutschen Dampfer „Altenburg" zu retten.

Schwerindustrielle Sehnsucht nach einem Antistreikgesetz

Die Einführung des zehnprozentigen Steuerabzugs hatte das Unglück gehabt, mit dem Einsetzen der wirtschaftlichen Krisis zeitlich zusammen zu fallen. Man kann sagen, daß der Widerstand der Arbeiterschaft gegen die Einführung des zehnprozentigen Steuerabzugs vom Lohn nicht so groß ist wie gemeinhin von links und rechts dargestellt wird. Allerdings ist es erklärlich, daß diese Neuerung den Arbeiter, der wöchentlich nur 30—32 Stunden arbeitet und verdienen kann, schwerer treffen mußte als das in normalen Zeiten der Fall gewesen wäre. Unter diesen Umständen ist eine heftige Reaktion gegen den zehnprozentigen Steuerabzug gar nicht zu verkennen. Die Vorfälle in Württemberg beweisen das. Es darf bei Betrachtung derartiger Vorkommnisse niemals übersehen werden, daß der Untergrund die schlechte allgemeine wirtschaftliche Lage ist und daß die Einführung des Steuerabzugs nicht allein ausschlaggebendes Motiv sein kann.

Es ist erklärlich, daß gerade die fühlbare Last des zehnprozentigen Steuerabzugs die Lohnkämpfe verschärft hat und im kommenden Winter verschärfen wird. Wie es scheint, sind die Unternehmer am Werke, sich gegen berechtigte Ansprüche der Arbeiterschaft einen haltbaren Damm zu schaffen. Wahrscheinlich im Anschluß an die Vorfälle in Stuttgart haben die Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert, Direktor Hugenberg und Genossen an die Reichsregierung folgende Anfrage gerichtet:

„Zweifellos rührt die Verschärfung der Lohnkämpfe von der Einführung des Lohnabzuges her. Bisher haben sich die Arbeitgeber der ihnen durch Reichsgesetz auferlegten Pflicht nicht entzogen und im Interesse des ganzen Volkes für den Reichsfiskus die höchst undankbare Aufgabe des Steuerabzuges übernommen. **Sollen sie diese Aufgabe weiter erfüllen, so erwarten sie, daß ihnen die Behörde den notwendigen Schutz für ihr Leben und das sonstige ihnen anvertraute Gut gewähre.**"

Die deutsche Bergwerkszeitung kommentiert die Anfrage ihrer Auftraggeber wie folgt:

„Zahlreiche Fälle schwerer Ausschreitungen bei Lohnkämpfen, die durch den Steuerabzug veranlaßt sind oder mit ihm in Verbindung gebracht werden, nötigen zu der Feststellung, **daß die Durchführung der gesetzlichen Vorschrift des Steuerabzuges für die Arbeitgeber vielfach mit Gefahr für Leib und Leben verbunden ist.** Wenn eine solche ungewollte und unvorhergesehene Wirkung eingetreten ist, so muß die Gesetzgebung dafür Sorge tragen, daß die Arbeitgeber, denen die Reichsfinanzverwaltung bei der Durchführung des Einkommensteuergesetzes sozusagen ein Beamtenverhältnis zuweist, genau so wie Beamte geschützt werden. Es sollte das eine selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung sein."

Was die deutsche Bergwerks-Zeitung verlangt und was die Abgeordneten Reichert und Hugenberg fordern, läuft auf eine Unterdrückung von Lohnforderungen hinaus und wird sich in Praxis als ein Antistreikgesetz erweisen. Es braucht nicht näher dargelegt zu werden, daß diese Methode nicht die richtige sein kann, weil sie sich ausschließlich an die Methode des alten, die kapitalistischen Machenschaften schützenden Polizeistaates klammert und so unpsychologisch ist, die tatsächlichen Ursachen, die heute zu Lohnforderungen und Lohnkämpfen führen müssen, zu übersehen. Wir haben eine schwere Krisis hinter uns. Mit dem fortwährenden Sinken unserer Valuta erwarten Industrie und Handel neue Aufträge und Riesengewinne, sogenannte Hungergewinne, auf Kosten unserer Mark und der deutschen Volkswirtschaft. Man kann der deutschen Arbeiterschaft das Zeugnis ausstellen, daß sie die Notlage unserer Industrie und unserer Wirtschaft während der Krise in diesem Sommer voll und ganz berücksichtigt hat. Das ist gerade das psychologische Ergebnis der beiden Revolutionsjahre. Wir sind auch darin der Gesundung entgegen geangen. Die geistige Unrast, die in erster Linie zu Lohnforderungen und Arbeitseinstellungen antrieb, grassierte in diesem Jahre nicht mehr so wie im Jahre 1919. Wenn nun die Konjunktur in diesem Winter eine nicht so günstige werden wird, wie das im vorigen Jahre der Fall war, so rechnet doch heute die Industrie und der Handel auf ein günstiges Auslandsgeschäft. Daß die Arbeiterschaft diese Konjunktur benutzen wird, ist selbstverständlich. Und wenn die Schwerindustrie zu den alten kapitalistischen Methoden und dem Polizeiknüppel zurückkehren will, wird man dem Arbeitsfrieden in Deutschland keinen Vorschub leisten. Wenn die deutsche Bergwerks-Zeitung in ihrer Nummer 201 vom 29. August betont, daß für den Reichert-Hugenbergschen Plan alle Parteien eintreten müssen, die dem Einkommensteuergesetz und damit auch den Vorschriften über den Lohnabzug der Arbeitnehmer zugestimmt haben, so liegen für uns die Dinge denn doch noch etwas anders. Die deutsche Bergwerks-Zeitung wehrt sich dagegen, daß die Unternehmer den Steuerabzug auf ihre eigene Tasche nehmen oder Lohnerhöhungen in gleicher Höhe bewilligen. Im Anschluß daran wird der Genosse Keil wegen seiner Anfrage an die Reichsregierung angegriffen, in welcher er eine Milderung des Steuerabzugs für die kleinen Einkommen empfiehlt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir sind der Meinung, daß eine Einkommensteuer, die schon bei den kleinsten Einkommen mit zehn Prozent beginnt und in rascher Progression ansteigt, zu einer unerträglichen Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger mit kleinen Einkommen führt. Die deutsche Bergwerks-Zeitung urteilt ganz verfehlt, wenn sie uns durch unsere Zustimmung für das Einkommensteuergesetz moralisch zum Eintreten für arbeiterfeindliche Pläne, wie sie von Reichert, Hugenberg und Genossen erwogen werden, zwingen will. Wir verweisen darauf, daß die Vertreter der sozialdemokratischen Partei bei Beratung des Einkommensteuergesetzes beantragt haben, den Steuertarif in den Stufen bis 15 000 Mark in der Weise zu mildern, daß mit einem Satz von 5 Prozent statt mit 10 Prozent vom Hundert begonnen werde. Unser Ziel wird es sein, diese Erleichterung für die Arbeiterschaft durchzudrücken. Gegen ein Antistreikgesetz wird die Arbeiterschaft Mittel und Wege finden. Gerade der Vorstoß aus den Lagern der Schwerindustrie, der sich von Tag zu Tag mehr gegen die Tendenzen der Arbeiterbewegung konzentriert, beweist wieder einmal die Notwendigkeit der geschlossenen Aktionen im Proletariat und die Gefahr der Arbeiterzersplitterer.

Vorschläge zu einem Finanz- und Wirtschaftsprogramm

Genosse Dr. Oestreicher richtet in der „Glocke" einen „Offenen Brief" an den Reichsfinanzminister. Der Brief enthält heftige Angriffe gegen die heutige Finanzwirtschaft und endet mit folgenden Vorschlägen:

1. Wir müssen eine **Schuldenreduktion** in drei Abschnitten vornehmen von zwei zu zwei Jahren. In sechs Jahren darf das Reich nicht mehr als 25 Prozent der heutigen Schuldenlast tragen. **Die Kriegsgarantien und Versprechen sind ungültig.**

2. Die **Sozialisierung** von Kohle, Eisen, Papier, den Rohstoff- und großkapitalistischen Fertigfabrikatindustrien ist, unter Einsetzung einer geringen, aber angemessenen Entschädigung, sofort durchzuführen. Maßgebend sind die Pläne der früheren Spezialkomissionen und die Vorschläge, die u. a. Rudolf **Wissell** gemacht hat. Das Stadium der Erwägung ist abgeschlossen. Zur Durchführung der Sozialisierung wird eine Kommission von wenigen Köpfen eingesetzt; sie erhält **diktatorische** Befugnisse; ebenso wie der Finanzminister zur Duchführung der **Entschuldungsaktion.**

3. Das Steuersystem wird **vereinfacht.** Es wird auf den **Besitz** eingestellt; mehr direkte als indirekte Steuern. Die Einziehung wird einheitlich gehandhabt. Der Reichsbedarf wird aufs äußerste eingeschränkt.

4. Die **Lebensmittelpreise** müssen über die **Hälfte herabgesetzt** werden. Besondere Erfassungsorganisationen kontrollieren und leiten die Verteilung der Nahrungsmittel. Besondere Produktionsorganisationen kontrollieren, leiten und fördern die landwirtschaftliche Produktion.

5. Die gesamte **Ein- und Ausfuhr** über die Grenze, sowie der Devisenverkehr untersiegt nicht nur der Kontrolle, sondern der **zwangsläufigen Regelung** des Reiches. Weitere einschneidende Maßnahmen ergeben sich aus dem Dargelegten."

Als Anregungen sind diese Vorschläge sicher beachtenswert. Zu den einzelnen Forderungen des Genossen Oestreicher Stellung zu nehmen, werden sicher die Fachleute nicht versäumen.

Die unabhängige Spaltung

Ohne daß ein Beschluß erfolgt wäre, hat sich am Freitag die **Spaltung der unabhängigen Partei** de facto bereits vollzogen. In seinem Schlußwort erklärte **Dittmann:**

„Ich stimme vollkommen mit Stöcker und Koenen überein, daß so wie bisher die Parteigeschäfte nicht weitergeführt werden können. Ich für meine Person erkläre, daß ich von keinem Parteitagsbeschluß mich mehr verpflichten lasse, mit Leuten wie Stöcker und Koenen zusammenzuarbeiten. . . . Die Genossen, die das Programm der Kommunistischen Partei anerkennen, mögen zu den Kommunisten gehen."

Darauf erwiderte prompt der Korreferent des linken Flügels **Däumig:**

„Wenn der Anschluß an die dritte Internationale nicht beschlossen werden sollte, so habe ich in dieser Partei keinen Platz mehr. . . . Für mich erkläre ich, daß ich keiner Partei angehören könnte, welche den Anschluß an die dritte Internationale ablehnt."

Damit haben sich beide Teile hinreichend klar dahin ausgesprochen, daß sie nichts mehr miteinander zu tun haben wollen. Es ist eigentlich nicht recht verständlich, warum sie nun nicht alsbald die reinliche Scheidung vollziehen, sondern durchaus noch vorher einen **gemeinsamen Parteitag** abhalten wollen, der doch auch kein anderes Resultat als die Spaltung zeitigen kann.

Wenn gleichwohl an dem Parteitag festgehalten wird, so läßt sich das nur erklären durch die Hoffnung beider Teile, dort die Mehrheit zu erlangen und so den — wer lacht da nicht — **demokratischen Rechtstitel** für sich zu behaupten, daß man selbst die Fortsetzung der Partei ist, während die anderen die Sekte, die Abplitterung, darstellen. Zumal, da mit diesem Rechtstitel auch die klingende Antwartschaft auf Parteikassen, Parteigeschäfte usw. verbunden ist.

Nach den Erklärungen, mit denen die Parteikonferenz geschlossen hat, ist aber klar, daß der alleinige Zweck des unabhängigen Parteitags die Feststellung des Kräfteverhältnisses bei der Spaltung, nicht mehr irgendwelche Einigung sein kann.

Obgleich der **rechte Flügel** auf der Parteikonferenz eine Mehrheit gehabt zu haben scheint, dürfte er dem Parteitag doch nicht mit der gleichen Hoffnung entgegensehen. Denn unter den Massen der U.S.P. ist die Stimmung erheblich anders als unter den Führern. Das hat einen sehr einfachen Grund: **Die Führer haben die Massen immer nach links gehetzt. Jetzt, wo sie unerwartet vor der bitteren Konsequenz stehen, können sie sich selbst wohl in kurzer Zeit geistig herumwerfen, aber nicht so schnell die in Fluß geratenen Massen bremsen. Die gleiten noch eine gute Zeit in der ihnen einmal erteilten Richtung.**

Die Führer des rechten Flügels freilich gebrauchen die verzweifeltsten Mittel, um diesen Abfluß nach links aufzuhalten. **Mit einer Eilfertigkeit, die bewunderungswürdig wäre, wenn sie moralischen Antrieben entsprünge, verbrennen und zerreißen sie ihre bisherigen Agitationslügen, namentlich ihre ehemals über Sowjetrußland gepredigten Unwahrheiten. Die wirtschaftliche** Lüge über Sowjetrußland haben **Dittmann** und **Professor Ballod** preisgegeben, in letzter Stunde zerstörte **Crispien** auch noch die **politische Lüge,** indem er in seinem Schlußwort erklärte: Die Annahme der Moskauer Bedingungen bedeutet die völlige Aufgabe des Rätesystems. **In Rußland bestehen praktisch die Arbeiterräte nicht mehr.**

Nun ist das Geständnis komplett: Kein wirtschaftlicher Aufbau, keine politischen Arbeiterrechte, so sieht Sowjetrußland aus. Aber werden es die unabhängigen Arbeiter den Leuten glauben, die ihnen noch bis vor wenigen Wochen das Gegenteil vorgegaukelt haben, Da erscheinen selbst die Stöcker und Däumig vertrauenswürdiger, die wenigstens konsequent bis zu Ende bei der einmal geprägten Agitationslüge bleiben. Die Arbeiter aber, denen jetzt durch Dittmann und Crispien die Augen geöffnet werden, können unmöglich bei den Leuten bleiben, die sich selbst durch ihr Geständnis eines jahrelangen Schwindels bezichtigen.

Die Gefahr der Stillegung der englischen Industrie

Aus **London** wird gemeldet: Für den Fall des Ausbruchs des **Bergarbeiterstreiks** rechnet man mit katastrophalen **Arbeitseinstellungen** auch in **anderen Industriezweigen Englands.** In der ersten Woche des Streiks sollen 120 000 Bergarbeiter die Arbeit niederlegen gleichzeitig mit 50 000 Arbeitern in der chemischen Industrie und 300 000 in den Baumwollbezirken. In der zweiten Woche würden sich den Streikenden anschließen: 300 000 Arbeiter, die im Schiffsbau beschäftigt sind, nach drei Wochen 45 000 Metallarbeiter, 24 000 Gießer, 80 000 Mechaniker, 40 000 Monteure. Nach sechs Wochen würden von dem Streik ergriffen: 26 000 in den Schuhfabriken beschäftigte Arbeiter, 35 000 Seeleute und 100 000 Hafenarbeiter. Später würden auch die Eisenbahnen, die Stahlwerke und eine Anzahl weiterer Betriebe von der Wirkung des Ausstandes betroffen werden. 300 000 Mitglieder des Nationalverbandes der Fabrikanten haben bereits beschlossen, am ersten Tage des Ausstandes ihre Betriebe zu schließen. Die Bemühungen, den Ausstand zu vermeiden, werden fortgesetzt, doch sollen die Bergarbeiter fest entschlossen sein, nicht nachzugeben.

Aus der Partei

Nervöse U.S.P.-Männer und verlogene U.S.P.-Berichterstattung.

r. **Baden-Oos,** 5. Sept. Kürzlich hielt die unabhängige sozialdemokratische Partei hier eine öffentliche Volksversammlung ab, in der das Thema „Spa oder Moskau" behandelt werden sollte. Als Redner war ein Herr Ruf aus Rastatt erschienen, dem es natürlich nicht einfiel, über den zur Tagesordnung stehenden Gegenstand zu sprechen, wahrscheinlich, weil er davon nichts versteht, sondern der Hauptteil seiner Ausführungen bestand in einer allgemeinen, wüsten Schimpferei auf uns Mehrheitssozialisten. Man ist das ja gewohnt, und es wäre nicht nötig, weiter sich darüber zu äußern, wenn nicht die „Sozial. Republik" einen Bericht über die Versammlung gebracht hätte, der des Redners Ruf würdig ist und auch ebenso verlogen ist wie die „Rede" jenes Herrn. Wir stellen den nichtsnutzigen Behauptungen gegenüber in aller Ruhe fest, daß es unwahr ist, wenn behauptet wird, wir Mehrheitssozialisten seien nur anwesend gewesen, um die Versammlung zu sprengen. Wenn es hie und da zu erregten Zwischenrufen kam, so rührte dies daher, weil die Lügereien, die der Herr „Referent" von sich gab, oft zu aufreizend waren, so daß man sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, als wolle der Herr die anwesenden Gegner absichtlich reizen und herausfordern. Und daß die Maßnahme der Versammlungsleitung, die Redezeit auf 5 Minuten festzusetzen, nachdem der Herr Ruf volle drei Stunden (drei Stunden) geschwätzt hatte, starke Erregung hervorrief, ist leicht zu begreifen. Diese Maßnahme ließ erkennen, daß die Herren U.S.P. vor der Auseinandersetzung mit uns fürchteten, man wollte eine Entgegnung und Widerlegung der Schwindeleien unterbinden. Die Herren wurden ja auch schon bei den Zwischenrufen sehr nervös. Und als ihnen trotz der Beschränkung der Redezeit von unsern Genossen doch einige Wahrheiten gesagt wurden, da drohten sie mit Prügel, einen unserer Genossen wiesen sie sogar aus dem Saal. U.S.P.-Freiheit!

Die „Soz. Republik" meint, die M.S.P. sei von den letzten Wahlversammlungen her noch zur Genüge bekannt. Das freut uns. Damals versuchte der famose Herr Kruse sein Glück, es gelang ihm aber die Einseifung nicht. Wir sehen einer Untersuchung über die größere Flegelhaftigkeit mit Ruhe entgegen. Die Leistungen des Herrn Ruf sind ja nach dieser Richtung unübertrefflich, wir lassen den Herren ihren Ruhm. Herr Ruf schwefelte in seiner „Rede" von einem Geheimzirkular an die Ortsvereinsvorsitzenden der M.S.P. betreffs Verhalten gegenüber der U.S.P. Er sagte zu, öffentlich hierfür den Beweis zu bringen. Bis jetzt hat er dies „vergessen", ebenso die „Sozial. Republik". Solche Versammlungen wie die des Herrn Ruf nehmen wir hier immer gern in Kauf; denn sie wirken auf den vernünftigen, einsichtsvollen und klar blickenden Teil der Arbeiterschaft sehr belehrend und auch für manche Schwankende sehr ernüchternd. Die Arbeiter sehen da am deutlichsten, wo die Phrasendrescher und politischen Maulhelden sitzen und wo praktische Arbeit geleistet wird. Wenn die paar neugebackenen U.S.P.-Sozialisten, die sich noch nicht mal an das Wort Genosse gewöhnt haben, sondern noch „Herren" sein wollen, einmal politisch geschult sein werden, die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge etwas studiert haben werden, dann ist vielleicht auch von ihnen zu erhoffen, daß sie zur Einsicht kommen und auf die Ruffschen Weisheiten und Sprüche verzichten.

l. Aue b. Durlach. Die Soz. Partei hat eines ihrer besten Mitglieder verloren. Am Sonntag, 5. ds. Mts., starb nach langer schwerer Krankheit unser Mitglied Heinrich Ludwig. Schon lange Jahre vor dem Krieg kämpfte er mit in den vordersten Reihen für unsere Ideen und selten, weder bei Sturm noch Regen und Schnee vermißten wir ihn, wenn es galt, die Aufklärungsarbeit im damals noch tiefschwarzen Albtal zu leisten. Auch versah er einige Jahre die Stelle des Kassierers und man war gewohnt, zu jeder Zeit bei ihm alles in bester Ordnung zu finden. Durch den Krieg viel Strapazen mitgemacht, kam er scheinbar gesund in die Heimat zurück; es stellte sich jedoch bald ein schweres Leiden ein, dem er, trotz gelungener Operation, schließlich doch erliegen mußte. Er hinterläßt Frau und 7 unmündige Kinder. Ehre seinem Andenken!

Gewerkschaftliches

Die Landwirtschaftskammer als Arbeitgeberin

Zu dem in der Nr. 194 unseres Blattes unter obiger Ueberschrift von uns gebrachten Artikel des Zentralverbandes der Angestellten bringt die Korrespondenz der Landwirtschaftskammer eine Richtigstellung, in der es heißt, die Badische Landwirtschaftskammer sei entsprechend dem Vorgehen des Reiches und des Staates verpflichtet gewesen, für ihre Beamten und Angestellten eine einheitliche Besoldungsregelung durchzuführen, und der Vorstand habe entsprechend den Beschlüssen der Deutschen Nationalversammlung entschieden, die dahin lauten, auf die Länder einzuwirken, daß auch bei den Kommunalbehörden und der staatlichen unter Aufsicht stehenden Verwaltungen und Krankenkassen die Grundzüge der Besoldungsordnung des Reiches Anwendung finden sollen, eine Besoldungsordnung nach den Grundzügen des Reiches und badischen Staates aufzustellen. Im besonderen sei ferner maßgebend gewesen der Beschluß des Verbandes der Beamten der Landwirtschaftskammern und der sämtlichen landwirtschaftlichen Interessenvertretungen Deutschlands vom 25. und 26. Juni ds. Js., nach welchem die einheitliche Regelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten

Lichtenstein

Romantische Sage von Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

Marie stand auf und suchte ihr Näßzeug in dem Kasten, indem sie den beiden den Rücken zukehrte; aber die Röte, die alle Augenblicke auf ihren Wangen wechselte, ließ ahnen, daß sie kein Wort von Herrn Dieterichs Erzählung verlor.

„Nun, das ist Georg von Sturmfeder," fuhr der Ratsschreiber fort; „ein schöner, lieber Junge. Sonderbar, auch ihr seid ihm gleich beim Einzug aufgefallen" — und nun erzählte er, was am Gastmahl vorgegangen sei, wie ihm der hohe Wuchs, das Gebietende und Anziehende in des Jünglings Mienen gleich anfangs aufgefallen, wie ihn der Zufall zu seinem Nachbar gemacht, wie er ihn immer lieber gewonnen und endlich in sein Haus geführt habe.

„Nun, das ist schön von dir, Vetter," sagte Berta, als er geendet hatte, und reichte ihm freundlich die Hand; „ich glaube, es ist das erste Mal, daß du es wagst, Gäste zu haben. Aber das Gesicht der alten Sabine hätte ich sehen mögen, als Junker Dieter so spät noch einen Gast brachte."

„O, sie war wie der Landwurm gegen St. Georg; aber als ich ihr ganz verblümt zu verstehen gab, es könne wohl geschehen, daß ich bald eine meiner schönen Basen heimführen werde . . ."

„Ach, geh doch!" entgegnete Berta, indem sie ihm hocherrötend ihre Hand entreißen wollte; aber Herr Dieterich, dem sein Mühmchen noch nie so hübsch als in diesem Augenblick geschienen hatte, drückte die weiche Hand fester, und Mariens ernsteres Bild verlor von Sekunde zu Sekunde an Gehalt, und die Wagschale der fröhlichen Berta, die jetzt in holder Verschämtheit vor ihm saß, stieg hoch in den Augen des glücklichen Ratsschreibers.

Marie hatte indes schweigend das Gemach verlassen, und Berta ergriff mit Freuden diese Gelegenheit, ein anderes Gespräch einzuleiten.

„Da geht sie nun wieder," sagte sie und sah Marien nach, „und ich wollte darauf wetten, sie geht in ihre Kammer und weint. Ach, sie hat gestern wieder so heftig geweint, daß ich auch ganz traurig geworden bin."

„Was hat sie nur?" fragte Dieterich teilnehmend.

„Ich habe so wenig wie früher die Ursache ihrer Tränen erfahren," fuhr Berta fort. „Ich habe gefragt und immer wieder gefragt, aber sie schüttelt dann nur den Kopf, als wenn ihr nicht zu helfen wäre. Der unselige Krieg! — war alles, was sie mir zur Antwort gab."

„So ist der Alte noch immer entschlossen, mit ihr nach Lichtenstein zurückzugehen?"

„Jawohl," war Bertas Antwort. „Du hättest nur hören sollen, wie der alte Mann gestern beim Einzug auf die Bündischen schimpfte. Nun — er ist einmal seinem Herzog mit Leib und Seele ergeben, darum mag es ihm hingehen. Aber sobald der Krieg erklärt ist, will er mit ihr abreisen."

Herr Dieterich schien sehr nachdenklich zu werden. Er stützte den Kopf auf die Hand und hörte seiner Muhme schweigend zu.

„Und denke," fuhr diese fort, „da hat sie nun gestern nach dem Eintritt der Bündischen so heftig geweint. Du weißt, sie war zwar vorher schon immer ernst und düster, und ich habe sie an manchem Morgen in Tränen gefunden. Aber als habe schon dieser Einzug über das ganze Schicksal des Krieges entschieden, so untröstlich gebärdete sie sich. Ich glaube, Ulm liegt ihr nicht so arg am Herzen, aber ich vermute," sagte sie geheimnisvoll hinzu, „sie hat eine heimliche Liebe im Herzen."

„Ach freilich, ich habe es ja schon lange gemerkt," seufzte Herr Dietrich, „aber was kann ich denn dafür?"

„Du? Was du dafür kannst?" lachte Berta, auf deren Gesicht bei diesen Worten alle Trauer verschwunden war. „Nein! nicht du bist schuld an ihrem Schmerz. Sie war schon so, ehe du sie nur mit einem Auge gesehen hast!

Der ehrliche Ratsschreiber war sehr beschämt durch diese Versicherung. Er glaubte in seinem Herzen nicht anders, als der Abschied von ihm gehe der armen Marie so nahe, und fast schien ihr wehmütiges Bild in seinem wankelmütigen Herzen wieder das Uebergewicht zu bekommen. Berta aber ließ nicht ab, ihn mit seiner törichten Vermutung zu höhnen, bis ihm auf einmal der Zweck seines Besuches wieder einfiel, den er während des Gespräches ganz aus den Augen verloren hatte. Sie sprang mit einem Schrei der Freude auf, als ihr der Vetter die Nachricht von dem Abendtanz mitteilte.

„Marie, Marie!" rief sie in hellen Tönen, daß die Gerufene, bestürzt und irgend ein Unglück ahnend, herbeieilte. „Marie, ein Abendtanz auf dem Rathaus!" rief ihr die beglückte Berta schon unter der Türe entgegen.

Auch diese schien freudig überrascht von dieser Nachricht. „Wann? Kommen auch die Fremden dazu?" waren ihre schnellen Fragen, indem ein hohes Rot ihre Wangen färbte, und aus den ernsten Augen, das die kaum geweinten Tränen nicht verbergen konnte, ein Strahl der Freude drang.

Berta und der Vetter waren erstaunt über den schnellen Wechsel von Schmerz und Freude, und der letztere konnte die Bemerkung nicht unterdrücken, daß Marie eine leidenschaftliche Tänzerin sein müsse. Doch wir glauben, er habe sich hierin nicht weniger geirrt, als wenn er Georg für einen Weinkenner hielt.

Als der Ratsschreiber sah, daß er jetzt, wo die Mädchen sich in eine wichtige Beratung über ihren Anzug verwickelten, eine überflüssige Rolle spiele, empfahl er sich, um seinen wichtigeren Geschäften nachzugehen. Er beeilte sich, seine Anordnungen zu treffen und die hohen Gäste und die angesehensten Häuser zu laden. Ueberall erschien er als ein Bote des Heils, denn wie die Sage erzählt, ist die Freude am Tanzen nicht erst heute über die Mädchen gekommen.

Auch seine Anordnungen waren bald getroffen. Es war noch nicht zum Grundsatz geworden, daß man nur in einer langen Reihe von Zimmern, bei flimmernden Lüstern, umgeben von jenen unzähligen, unwesentlichen Dingen, welche die Mode als notwendig preist, fröhlich sein könne. Der Rathaussaal gab hinlänglichen Raum, und die kunstlosen Lampen, die an den Wänden aufgehängt waren, hatten bisher Helle genug verbreitet, die schönen Jungfrauen von Ulm in ihrer Pracht zu sehen.

Doch nicht seine Anordnungen allein waren dem Ratsschreiber gelungen, er hatte nebenbei auch manche geheime Nachricht erspäht, die bis jetzt nur der engere Ausschuß des Rates mit den Bundesobersten teilte.

Zufrieden mit dem Erfolg seiner vielen Geschäfte, kam er gegen Mittag nach Hause und sein erster Gang war, nach seinem Gaste zu sehen. Er traf ihn in sonderbarer Arbeit. Georg hatte lange in einem schöngeschriebenen Chronikbuch, das er in seinem Zimmer gefunden hatte, geblättert. Die reinlich gemalten Bilder, womit die Anfangsbuchstaben der Kapitel unterlegt waren, die Triumphzüge und Schlachtenstücke, welche mit kühnen Zügen entworfen, mit besonderem Fleiße ausgemalt, hin und wieder den Text unterbrachen, unterhielten ihn geraume Zeit. Dann fing er an, erfüllt von den kriegerischen Bildern, die er angeschaut hatte, seinen Helm und Harnisch und das vom Vater ererbte Schwert zu reinigen und blank zu machen, indem er zu großem Aergernis der Frau Sabine bald lustige, bald ernstere Weisen dazu sang.

So traf ihn sein Gastfreund. Schon unten an der Treppe hatte er die angenehme Stimme des Singenden vernommen. Er konnte sich nicht enthalten, noch einige Zeit an der Türe zu lauschen, ehe er den Gesang unterbrach.

(Fortsetzung folgt.)

und Angestellten der Landwirtschaftskammern Deutschlands auf der Grundlage der Reichsbesoldungsordnung durchgeführt werden soll. Von diesem Gesichtspunkt aus, heißt es weiter, hat der Vorstand die fragliche Besoldungssatzung durchgeführt, die sich im wesentlichen auf den Boden der Besoldungssatzung des badischen Staates stellt und auch die Gehaltsverhältnisse sämtlicher Beamten einheitlich regelt, und die Angestellten eingeteilt in planmäßige, außerplanmäßige und auf Grund eines Vertrags angestellte Beamte. Es war in dieser Durchführung in keiner Weise eine Spitze gegen die kaufmännischen Angestellten vorhanden. Im Interesse der einheitlichen Durchführung und der Lage der nichtkaufmännischen Beamten, die unbedingt eine Gleichstellung mit den kaufmännischen verlangten, war diese Maßnahme notwendig. Die Besoldungsregelung wurde nicht diktatorisch den Beamten aufgezwungen, sondern in langen Verhandlungen mit den Abteilungsvorständen und mit der gesetzlichen Vertretung der Beamten, dem Betriebsrat, der gesetzlich vollständig richtig gewählt war, und als einziges gesetzliches Vertretungsorgan vorhanden war, durchgesprochen und die Wünsche desselben im wesentlichen berücksichtigt. Es ist also irreführend, wenn behauptet wird, daß die Besoldungsordnung ohne Fühlung mit den Beamten und Angestellten aufgestellt worden ist. Unter den Betriebsratsmitgliedern selbst war die Mehrzahl kaufmännische Beamte. Die Badische Landwirtschaftskammer gehörte entsprechend des Tarifvertrags für die Industrie vom 30. Mai 1919 bis zum 31. März 1921 dem Arbeitgeberverband der Industrie des Handelskammerbezirks Karlsruhe an und hat auch bis jetzt ihre kaufmännischen Beamten nach diesem Tarif bezahlt. Aber gerade die Beschlüsse der Nationalversammlung, wonach eine einheitliche Regelung für eine öffentliche Körperschaft auf Grund der Reichsbesoldungsordnung Pflicht war, machte es unmöglich, die kaufmännischen Angestellten entsprechend dem Industrietarif zu bezahlen. Ferner ist es doch einleuchtend, daß im Interesse der einheitlichen Besoldung es unbedingt notwendig ist, den kaufmännischen Angestellten gegenüber keine Unterschiede eintreten zu lassen. Der Staat und die Gemeinden bezahlen ihre Beamten auch nicht unterschiedlich.

Was die Kündigungen anbelangt, so ist die Landwirtschaftskammer gerade in diesem Punkte sehr milde verfahren; sie hat seit Beginn des Jahres 1920 23 Kündigungen ausgesprochen, die alle dem Betriebsrat zur Begutachtung vorgelegt worden sind. Die Badische Landwirtschaftskammer war entsprechend den Beschlüssen des Landtages, der den Abbau der im Kriege entstandenen Betriebe verlangte, zu diesen Kündigungen gezwungen. Die Bemerkung, daß „andere" Persönlichkeiten eine fette Futtergrippe in den Büros des Unternehmens finden, ist geradezu lächerlich. Es sei nur darauf hingewiesen daß die Gehaltsregelung entsprechend der staatlichen Besoldungsgruppe durchgeführt wurde und die Gruppe XI sich der staatlichen Gruppe XII anlehnt. Eine fette Futtergrippe und fette Bezahlung auf Kosten der Steuerbezahlung findet bei der Badischen Landwirtschaftskammer nicht statt, im Gegenteil wird der Beamte schlechter bezahlt wie im Staatsdienste.

Achtung! Betriebsräte, Betriebsobleute und Vertrauensleute der Karlsruher Arbeitnehmerschaft!

Der Zentralrat Karlsruhe erläßt folgenden Aufruf: Es mehren sich die Fälle, wo die Unternehmer an die Vertretung der Arbeitnehmer heramtreten mit dem Verlangen, eine Arbeitsordnung anzuerkennen, welche alles ist, nur nicht fortschrittlich.

Kollegen! Eine Arbeitsordnung wird nur anerkannt, wenn die Betriebsräte mit den Gewerkschaften zusammen dieselbe für annehmbar erklärt haben. Keiner darf deshalb unterschreiben!

Deutscher Bauarbeiterverband. Die Betriebsobleute des Baugewerbes werden auf die kommenden Mittwoch, 8. Sept, sofort nach Feierabend im „Goldenen Adler" in Karlsruhe stattfindende Sitzung aufmerksam gemacht. Die Tagesordnung lautet: Aufstellung der Kandidaten zum Kongreß der Betriebsräte.

Verirrungen

Die nachfolgenden drei Artikel stammen aus der Feder eines Karlsruher Parteigenossen, der auf eine lange und umfangreiche Tätigkeit sowohl in der Partei wie in der Gewerkschaftsbewegung zurückzublicken vermag. Wir stimmen dem Verfasser in seinen Darlegungen durchaus zu. Red. des „Volksfreund".

I.

Die auch innerhalb der **Karlsruher Sozialdemokratie** gepflogenen Erörterungen über die **Taktik der Partei** geben im Hinblick auf die in Genf und in **Moskau** über die gleiche Frage geführten Debatten Veranlassung zu einigen Betrachtungen, denen wir gebührende Beachtung wünschen.

Im Frühjahr 1918 hat **Lenin** als die wichtigsten Aufgaben der Bolschewiki bezeichnet: 1. die **Mehrheit des Volkes** von der Richtigkeit ihres Programms und ihrer Taktik zu überzeugen, 2. die **Eroberung der politischen Macht** und die Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter durchzuführen und 3. die **Verwaltung des Landes zu organisieren.**

In **Rußland** sind **diese Aufgaben bis jetzt noch nicht als gelöst anzusehen.** Mit Rücksicht auf die Größe der Aufgabe braucht das auch nicht weiter wunder zu nehmen, so wenig es politisch reife Menschen zu überraschen braucht, wenn das Schlußergebnis der großen französischen Revolution schließlich auch in Rußland zu einer an und für sich bedauerlichen Tatsache wird. **Mit einer dauernden Vergewaltigung des Mehrheitswillens eines Volkes läßt sich nun einmal kein politisches Leben in normale Bahnen lenken bezw. in solchen erhalten. Mit brutalem Terror, mit der Ermordung politischer Gegner kann man zwar Macht erobern, konsolidieren aber läßt sie sich damit nicht. Eine auf Bajonette gestützte Gewaltherrschaft muß in Trümmer gehen, sobald die durch Gewalttaten hervorgerufenen Schrecken ihre Schärfe eingebüßt haben. Je mehr eine Gewaltherrschaft zur völligen Anarchie im Volkskörper führt, je weniger es Gewaltherrschern gelingt, die Verwaltung des Landes auf breiter demokratischer Grundlage zu organisieren, desto tragischer wird schließlich das Schicksal der Mission sein.**

Die **Geschichte** der **englischen Revolution** liefert zum Studium hierüber massenhaft Beweise, nicht minder auch jene der **französischen Revolution.** Selbst **Napoleon** konnte nur solange den Diktator Europas spielen, als die **Völker** durch Kriege und Kriegselend zermürbt, **keinen Sinn** mehr für **nationales Bewußtsein** hatten, für **Ehre** und **Selbstbestimmungsrecht. Wie wenig die Idee des Internationalismus im Widerspruch steht mit der Pflichterfüllung für nationale Bedürfnisse und Ehrenhaftigkeit, das lehrt sehr deutlich die Politik der russischen Terroristen unserer Zeit.**

In England wie in Frankreich endete der Kampf der Revolution und Gewaltherrscher gegen die parlamentarische Mitarbeit jeweils mit einem **Sieg der Demokratie.** Soll der **Sozialismus** in der großen **Auseinandersetzung** mit der **Kapitalmacht,** die unbestrittenermaßen wie in Rußland so auch in Deutschland in höherem Maß als bei den übrigen Völkern der Welt eingeleitet ist, **nicht elend Schiffbruch leiden, dann darf er nicht von der Basis demokratischer Arbeitsmethoden losgelöst werden.** Zum Leidwesen der Kommunisten in Deutschland hat das **Lenin** kürzlich sehr stark betont, obwohl ihm die Möglichkeit fehlt, **in seiner** Situation aus dieser Erkenntnis den praktischen Schluß zu ziehen. **Wenn also die Grundsätze der Demokratie mißachtet werden, so wird dadurch auch das Wesen des Sozialismus zugrunde gerichtet** und in nur momentan scheinbaren Erfolg bringende politische Quacksalberei umgeschichtet. Glaubt man etwa dem Sozialismus sei damit Vorspann geleistet, wenn die **Arbeiterkonsumvereine wie die bäuerlichen und Handwerkergenossenschaften** durch Machtspruch der Regierung ihres freien und Selbsthilfe-Charakters entkleidet und zu Zwangs-Staatsinstituten bezw. zu gemeindlichen Verteilungs- bezw. Produktionsstellen erklärt werden? Die aus den einzelnen Ständen des Volkes sich entwickelnden genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisationen mögen in späterer Zeit einmal Allgemeingut des Volkes werden. **Von oben herunter dekretiert, kommt dabei weiter gar nichts als eine Art Kommunalverbandswirtschaft heraus,** über welche die unentwegtesten Anhänger der russischen Rätepolitik in Deutschland bekanntlich am lautesten zu kritisieren wissen. In Rußland hat **Lenin** die Genossenschaftsbewegung rücksichtslos bekämpft, später aber hat er **ausländischen Kapitalisten** das Recht eingeräumt, nach **eigenem Gutdünken Geschäfte zu machen.** Der Widerstand russischer Ausbeuter ist zwar gebrochen, die kapitalistische Arbeitsmethode für den russischen Staatsbürger nicht mehr erlaubt. Da jedoch die wirtschaftliche Kraft des Landes schwer eingebüßt hat, **fällt der Bolschewismus, wie die Geschichte bereits lehrt, dem internationalen Kapitalismus in die Hände. Der Sozialismus geht eben seiner Verwirklichung erst dann mit bleibendem Erfolg entgegen, wenn die Vorbedingungen** hierzu bei allen Völkern heranreifen. **Mit Diktatur mag man der Entwicklung zeitweise nachhelfen; eine vorübergehende und sicher sehr schädliche Episode ist es aber für den Sozialismus, wenn er sich vorwiegend mit Mitteln rohester Gewalt durchsetzen und behaupten will.**

So unmöglich es ist, dauernd mit Hilfe der Diktatur zu regieren, so ungeschickt ist es, auf **eingenommene Machtpositionen** etwa **deshalb zu verzichten,** weil man sich mit **politisch Andersgläubigen in der Führung teilen muß.** Es war zu allen Zeiten dienlicher gewesen, zu wissen, was in den engsten Zirkeln der Verwaltung vorgeht, **als abseits zu stehen und immer erst dann Klagen anzustimmen, wenn aus der Haut des Volkes die Riemen geschnitten waren.**

Sofern die **Preisgabe einer Position Vorteile** bringt, mag das Verlangen derselben hinzunehmen sein. Stehen dieser aber Vorteile nicht gegenüber, oder gehen bereits errungene wieder verloren, dann muß eben die verlassene Position aufs Neue eingenommen werden. Die Sitze im Parlament stellen Machtpositionen dar, **besonders dann, wenn die Partei soviele Sitze hat, um Anspruch auf Einnahme der Regierungsposten stellen zu können.** Reicht dazu die Macht nicht aus, dann ist zu entscheiden, ob man sich mit anderen Parteien zusammen in die Regierungsgewalt teilt, oder auf Ausübung dieser verzichtet.

Als im November 1918 durch den Zusammenbruch die alten Gewalten des Reichs gestürzt waren, da sah man es überall als durchaus richtig an, mit jenen bürgerlichen Parteien zusammen, die sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellten, die Regierungsmaschine in Gang zu halten mit der ausdrücklichen Willenserklärung, durch die Wahlen entscheiden zu lassen, welchen Kurs das Regierungssteuer halten sollte. Im Reiche wurde wurde erst der Versuch gemacht, eine **sozialistische** Regierung zu bilden. Der Streit darüber, ob dem Sozialismus in Deutschland mit Hilfe demokratischer Methoden oder durch die Klassendiktatur zum Fortschritt verholfen werden sollte, ließ diesen Versuch scheitern. Wir Sozialdemokraten **lehnten die Diktatur ab, weil wir auch in der Revolution blieben, was wir waren: Sozialisten und Demokraten.**

Die Gelegenheitswähler spielen als politisches **Treibholz** in diesen geistigen Auseinandersetzungen eine nicht unbedeutende Rolle. Diese, welche in der alten Zeit **bald halfen Hurrawahlen** erfechten, wenn die Machthaber des Obrigkeitsstaates **Militär- oder Kolonievorlagen** durchsetzen wollten, oder **rote Wahlen** machten, wenn sie durch einen neuen Steuerzettel verärgert waren, **bilden heute die radikalsten Elemente. Von Sozialismus kennen sie nur eine schlagwortmäßige Auslegung.** Leitmotiv und Hintergrund hierfür sind der Rückschluß aus den durch Krieg und Revolution geborenen Nöten unserer Tage. Teuerung, Lebensmittelnot, Arbeitslosigkeit, hie und da auch **Aerger** über **nicht erreichte Anstellungen** sind vielfach die Triebkräfte. **Sepp Oerter,** der unabhängige Staatsmann in Braunschweig, bekannt als ein sehr radikaler Agitator gegen die alte Sozialdemokratie, hat ja bereits auch sein Lehrgeld bezahlt. Ihm ging es nicht weniger gut, wie seinen, aus der alten Sozialdemokratie, oder, wenn man so will, aus den bürgerlichen Parteien herausgegangenen iMnisterkollegen in Deutschland, die sich ja alle sagen lassen müssen, sie hätten als Führer des Volkes versagt. **Daß man von den sozialdemokratischen Führern verlangt, aus Steinen Brot zu machen, daran denken die Kritiker vielfach nicht.**

Soziale Rundschau

Die Lage des Arbeitsmarktes

Auch in der Berichtswoche vom 26. August bis 1. September ds. Js. hat sich die Arbeitsmarktlage noch nicht gebessert; Betriebseinschränkungen und Schließungen mußten leider wieder vorgenommen werden. Die ungünstigen Verhältnisse hängen hauptsächlich damit zusammen, daß in der Erteilung von Neuaufträgen eine große Zurückhaltung bewahrt wird. In der Textilindustrie war in dieser Woche erfreulicherweise eine kleine Besserung zu beobachten, wenigstens konnten einige Firmen ihren Betrieb wieder voll aufnehmen, während in der Schmuckwarenindustrie die Lage nach wie vor die gleich ungünstige ist.

In der Landwirtschaft hat sich die Lage nicht geändert; durch die bevorstehende Hackfruchternte ist die Nachfrage nach Arbeitskräften sogar wieder etwas gestiegen. In der Metall- und Maschinenindustrie werden nur wenig Leute gesucht, und die Papier-, Leder- und Holzindustrien liegen vollständig darnieder. Nicht anders sieht es im Nahrungs- und Genußmittel-, sowie im Vervielfältigungsgewerbe aus. In der Bekleidungsindustrie und im Baugewerbe gleichen sich zur Zeit Angebot und Nachfrage so ziemlich aus; in letzterem Berufszweig besteht nur ein gewisser Mangel an Maurern und Zimmerleuten. Im Handelsgewerbe sind die Verhältnisse am ungünstigsten; gegenüber den in großem Maße vorgenommenen Entlassungen sind nur wenige Neueinstellungen zu verzeichnen. Auch in Bezug auf häusliches Dienstpersonal hat sich die Lage noch keineswegs gebessert.

Betriebseinschränkungen wurden in mehreren größeren Betrieben vorgenommen, wobei 67 Arbeiter zur Ent-

40 Jahre Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Der schweizerische Gewerkschaftsbund blickt in diesem Herbst auf einen 40jährigen Bestand zurück: es war am 7. November 1880, als der Schweizerische Gewerkschaftsbund mit Hilfe des Schweizerischen Grütlivereins aus der Taufe gehoben und mit einer Mitgliederzahl von 450 seine Tätigkeit begann. Nationalrat Greulich widmet diesem Ereignis im Jahresbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ein besonderes Kapitel und was er schreibt, ist zum großen Teil Selbsterlebtes. Die Anfänge der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung gehen in die Westschweiz, wo in Genf nach einem erfolgreichen Streik der dortigen Bauarbeiter sich eine Anzahl Gewerkschaften bildeten, die aber nur ein kurzes Dasein fristeten. Mit der Gründung von Gewerkschaften in der Westschweiz fällt auch das Auftreten der ersten Internationale zusammen, die namentlich in den schweizerischen Uhrenarbeitern einen starken Rückhalt hatte. Im gleichen Jahre 1868 bestanden bereits auch in Zürich elf Gewerkschaften und in Basel brachte man es nach dem großen Posamentenstreik sogar auf elf Gewerkschaften, die aber ebenfalls wie in Zürich nur kurzen Bestand hatten. Die Agitation für die Gewerkschaft war damals mit großen Schwierigkeiten verbunden, von großen Beiträgen wollten die Arbeiter überhaupt nichts wissen. In den zwei folgenden Jahren 1868/70 hatte die Gewerkschaftsbewegung schon ganz nennenswerte Erfolge und es kamen bereits internationale Abschlüsse zustande. Aber der Krieg von 1870 zerstört diesen guten Ansatz wieder; zwischen den deutschen und der schweizerischen Arbeiterschaft kam es zu scharfen Gegensätzen in nationaler Beziehung, die beinahe eine unüberbrückbare Trennung gebracht hätten, was noch in letzter Stunde vermieden werden konnte. Unter Mitwirkung des Schweizerischen Grütlivereins wurde 1873 der alte Schweizerische Arbeiterbund mit einem vorwiegend gewerkschaftlichen Programm gegründet. Der gute Geschäftsgang begünstigte die gewerkschaftliche Organisation und der Berner Gewerkschaftskongreß 1876 zählte bereits 50 Gewerkschaften mit 3490 Mitgliedern; auch im folgenden Jahre hielt die günstige Situation noch an, aber dann setzte die industrielle Krise ein, es folgten Lohnreduktionen und Arbeitslosigkeit, gegen welche die junge gewerkschaftliche Organisation noch nicht anzukämpfen vermochte. Dazu kommen aber noch innere Streitigkeiten, die von außen in die Bewegung hineingetragen wurden.

1878 kam das deutsche Sozialistengesetz, durch welches viele Arbeiter aus Deutschland vertrieben wurden, die in der Schweiz Unterschlupf suchen und der Ausnahmezustand in Oesterreich vertrieb viele Arbeiter aus diesem Lande nach der Schweiz, was zur Folge hatte, daß die Regierungen von Deutschland und Oesterreich in der Schweiz zahlreiche Lockspitzel unterhielten, welche sich als sehr revolutionäre Agitatoren in den deutschen Arbeitervereinen betätigten und dadurch die Arbeiterschaft im allgemeinen ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit entfremdeten, womit der eigentliche Zweck auch tatsächlich erreicht wurde. Die Gewerkschaften gingen zum großen Teil ein, die lokalen und kantonalen Arbeiterunionen lösten sich auf und ihnen folgte auch die Auflösung des Arbeiterbundes am 7. November 1880. Unter recht kümmerlichen Verhältnissen wurde an diesem 7. November der Schweizerische Gewerkschaftsbund geboren; ihm wurde ein Jahresbeitrag von 40 Cts. pro Mitglied bewilligt; ein Genfer Komitee wurde vom ersten Oltener Kongreß mit der Ausarbeitung eines Statuts beauftragt, welchem Auftrage dasselbe auch nachkam, aber bald seinen Rücktritt nahm, weil an eine ersprießliche Tätigkeit bei dem Mangel an Mitteln nicht zu denken war. Winterthur wurde als erster Vorort gewählt, das aber mit der Ehre nichts anzufangen wußte und ebenfalls wieder zurücktrat und nun wurde Zürich erster Vorort, von einem Schweizerischen Verband mit 440 Mitgliedern. Der erste Gewerkschaftskongreß fand 1885 zu Pfingsten in Bern statt, noch wenig beachtet von der Oeffentlichkeit und noch weniger von der Arbeiterschaft.

Einer der ersten Streiks unter dem neuen Gewerkschaftsbund war der Schlosserstreik in Zürich, der trotz der geringen Zahl Streikender — 100 Mann — zu einem Truppenaufgebot führte und bei den Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und den Truppen wurde ein Parkettleger erschossen. Auf materielle Unterstützung vom Gewerkschaftsbund konnten die Streikenden damals noch nicht rechnen und noch in diesem Jahre — 1886 — wurde mit Hilfe des schweizerischen Grütlivereins, vielmehr durch dessen Initiative, eine Reservekasse für Streiks gegründet und der Grütliverein gab als erster 2000 Fr. dazu und beschloß außerdem einen jährlichen Betrag von 1000 Fr., wogegen der Gewerkschaftsbund nur 400 Fr. jährlich aufzubringen hatte. Das folgende Jahr 1887 brachte schon 13 Streiks, die über 28 000 Franken kosteten, wovon der Berner Schreinerstreik allein über 15 000 Fr. Die Notwendigkeit obligatorischer Beiträge erwies sich als unumgänglich und es wurde ein Monatsbeitrag von 20 Cts. beschlossen, während der Grütliverein seinen Pauschalbetrag auf 2000 Fr. erhöhte; eine Anzahl Verbände sind dem Gewerkschaftsbunde beigetreten. Im Jahre 1891 wurde dann der Beitrag um das Dreifache erhöht und dem Bundeskomitee wurde die Ermächtigung gegeben, über den Ausbruch von Streiks zu entscheiden, wenn die Hilfe des Gewerkschaftsbundes in Anspruch genommen wurde; die Zahl der Mitglieder war in rascher Zunahme begriffen; es gründeten sich neue Sektionen und Verbände. Die Beschlußfassung über Streiks und die Verantwortlichkeit für die Streikleitung durch das Bundeskomitee erwies sich als nicht praktisch, trotzdem die damalige Leitung in guten Händen lag; es waren der Buchdrucker Konrad Conzett, der Glaser August Merk, der Schneider Emil Beck und der Buchbinder Karl Manz, die heute alle schon unter dem Rasen ruhen. Diese Aufgabenverteilung wurde dann sehr rasch aus den Reihen der Gewerkschafter angefochten, bis dann das Bundeskomitee in corpore demissionierte; durch eine Reihe Streiks im Jahre 1894 wurde die auf 33 000 Fr. angewachsene Reservekasse aufgezehrt und der doppelte Betrag an freiwilligen Beiträgen noch dazu; das meiste von dem Geld ist auf dem Platze Zürich verblieben. Seither hat die Reservekasse nie mehr einen richtigen Bestand erhalten.

Mitte der 90er Jahre setzten dann die Reorganisationsversuche ein, die auf die Schaffung von Industrieverbänden abzielten und die materielle und moralische Verantwortlichkeit bei Lohnkämpfen den Verbänden überband. Die Verbände führten, um die Mitglieder mehr zu fesseln, Unterstützungskassen für Krankheit und Arbeitslosigkeit ein und führten Wochenbeiträge ein. Diese Bestrebungen fanden im Jahre 1908 ihren Abschluß in dem angedeuteten Sinne, was zur Folge hatte, daß die Verbände außerordentlich erstarkten und das Bundeskomitee mehr und mehr zum Mittelpunkt der ganzen schweizerischen Gewerkschaftsbewegung wurde.

In seinem Schlußworte sagt Nationalrat Greulich, es sei eine Frage der Kultur, daß die ganze Arbeiterschaft von der gewerkschaftlichen Organisation erfaßt werden müsse, um zu einer höheren Lebenshaltung zu kommen, in materieller geistiger und seelischer Beziehung; dazu ist erforderlich, daß die schlechtest gestellte Schicht der Arbeiterschaft heranggezogen wird und hierin liegt die Zukunftsaufgabe des Gewerkschaftsbundes, die allen Verbänden zum Bewußtsein kommen muß und der Gewerkschaftsbund ist dazu befähigt, sobald er die wirkliche Solidarität mit der ganzen Klasse erfaßt hat. Behält der Gewerkschaftsbund seine hohen Zukunftsaufgaben im Auge, und bleibt er fest auf dem Boden der wirtschaftlichen Tatsachen, so wird er immer mehr der Vertreter der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der schweizerischen Arbeiterschaft der Zahl und dem Geiste nach. Teufel.

assung kamen und etwa 260 Männer und Frauen mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten müssen. Weitere Einschränkungen stehen noch bevor, wovon wieder 62 Männer und 78 Frauen betroffen werden. Dagegen konnten einige Betriebe infolge Zunahme an Aufträgen ihre Arbeit wieder aufnehmen und einer größeren Anzahl von Arbeitskräften Beschäftigung geben.

Erwerbslosenunterstützungen wurden in der Berichtswoche an 4090 Männer und 165 Frauen mit 268 985 M ausbezahlt; für Arbeitszeitverkürzung wurden 36 870 M verausgabt. Notstandsarbeiten wurden in dieser Woche von 2882 Erwerbslosen ausgeführt.

Aus dem Lande

Baden-Baden

Sehnsucht nach Moskau. Wir lesen in der „Sozialistischen Republik":

„In der fortgesetzten Debatte über den Vortrag des Genossen Kruse-Karlsruhe „Spa und die Vorgänge im Osten" wurde in Verschiebung des Referats nach langer, nicht immer sachlicher Debatte folgender Beschluß mit Mehrheit gefaßt: „Die heutige Versammlung der U. S. P. Baden-Baden fordert die Zentralleitung auf, den Beitritt zur 3. Internationale sofort zu vollziehen, ohne Bedingungen." Der Vorschlag der Minderheit, zunächst die Aeußerungen unserer auf der Heimreise befindlichen Delegation abzuwarten und den Beschluß auszusetzen, fand damit keine Berücksichtigung."

Die Redaktion der „Soz. Republik" versieht diesen Bericht ihrer Baden-Badener Gesinnungsfreunde mit folgendem „Schwanz":

„Unsere forschen Baden-Badener Genossen imponieren uns ja ganz gehörig! Sie würden uns aber noch weit mehr imponieren, wenn sie auch sonst so schneidig auftreten würden, z. B. in Bezug auf die Erfüllung der Parteipflichten. Denn die Tatsache, daß eine 130 Mann starke Ortsgruppe der U. S. P. kaum 10 zahlende Abonnenten auf ihr Parteiorgan aufweist, ist doch wirklich nicht imponierend. Sie dürften deshalb auch den mildernden Umstand für sich beanspruchen, daß ihr Urteil durch Kenntnis der Tatsachen nicht getrübt ist."

Wir unsererseits würden den „mildernden Umstand" den Baden-Badenern U. S. P.-Männern auch zubilligen, wenn sie alle 130 Abonnenten der „Soz. Republik" wären. Im Gegenteil, dann hätten sie erst recht Anspruch auf mildernde Umstände.

Mörsch bei Ettlingen, 7. Sept. Die Ruhrepidemie greift, wenn auch langsam, so doch stetig um sich. Bis jetzt sind zwölf Todesfälle vorgekommen. Die Zahl der Ruhrerkrankungen hat sich, wie wir erfahren, auf 50 bis 60 erhöht.

Michelstadt, 6. Sept. In dem in Steinbach gelegenen Schloß des Grafen Erbach-Fürstenau sind Diebe eingebrochen und haben wertvolle silberne Bestecke, Nippsachen und anderes im Wert von 30—40 000 M gestohlen. Die Einbrecher sind mit einer Leiter durch gewaltsam geöffnete Fenster eingedrungen und konnten den Diebstahl ungestört ausführen, weil in Steinbach zur selben Zeit Kirchweihe war. Die Höhe des Verlustes ist noch nicht genau festgestellt, wie auch die Einbrecher noch nicht festgenommen werden konnten.

Lahr, 6. Sept. Bei einem hiesigen Geschäftsmann wurden 7 Zentner Brotfrucht beschlagnahmt, die dieser auf dem Schleichhandel aus dem Amtsbezirk Ettenheim bezogen hatte.

Emmendingen, 7. Sept. Der im 45. Lebensjahr stehende Ernst Rheinbold hat aus unbekannter Ursache freiwillig seinem Leben ein Ende gemacht.

Dogern, 6. Sept. Beim Entleeren der Abortgrube im Hause der Witwe Schlageter wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden, dem der Kopf abgeschnitten war. Witwe Schlageter und ihre Tochter Karoline als Kindesmutter wurden in Untersuchungshaft genommen.

* **Furtwangen**, 6. Sept. Auf der neuen Kraftwagenlinie Furtwangen—Waldkirch hat sich alsbald ein sehr starker Verkehr entwickelt. Schon im ersten Monat des Betriebes wurde eine Einnahme von rund 70 000 M erzielt.

Walldorf, 7. Sept. Beim Birnenpflücken fiel der Flaschnermeister Neuert von hier durch Brechen eines Astes so unglücklich vom Baum, daß er eine Gehirnerschütterung erlitt.

Heidelberg, 7. Sept. In einem hiesigen Hotel wurde ein Perserteppich von drei Meter Länge im Werte von 20 000 M gestohlen.

Hemsbach bei Weinheim, 6. Sept. Der Spenglermeister Johann Steilen, der als Pionier im Felde gestanden hatte, machte sich in seiner Werkstätte mit den aus dem Kriege heimgebrachten Sprengkapseln zu schaffen. Dabei explodierte ein Sprengkörper mit solcher Gewalt, daß Steilen in Stücke auseinandergerissen wurde. Seine Leiche war zur Unkenntlichkeit entstellt. Der Explosivstoff durchschlug die Decke der Wohnung und das Dach des Hauses. Der 34jährige Mann hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern.

Mannheim, 7. Sept. Der sich am Mannheimer Herbstrennen beteiligende Herrenreiter E. Vogt stürzte und zog sich eine Gehirnerschütterung und eine Lungenquetschung zu. Er ist seinen schweren Verletzungen erlegen. E. Vogt ist 23 Jahre alt und stammt aus Bremen.

Von der Albtalbahn

= Am gestrigen Montag, 6. September, vormittags 10 Uhr, fand im großen Rathaussaale in Karlsruhe auf Veranlassung des Kreisausschusses Karlsruhe eine Besprechung der Kreisleitung mit den Vertretern der an der Albtalbahn liegenden Gemeinden statt über die evtl. Uebernahme eines Teiles der Betriebsausfälle durch die Gemeinden. Die Gemeinden waren mit wenigen Ausnahmen vertreten; auch die württembergischen Gemeinden des Albtales nahmen durch ihre Schultheißen an den Verhandlungen teil. Von der Stadt Karlsruhe war Bürgermeister Sauer und von Pforzheim Bürgermeister Schultze zugegen. Die Albtalbahn vertrat Direktor Classen. Herr Kreisvorsitzender Frey leitete die Besprechung und gab ein einleitendes Referat über den Stand der Albtalbahn. Die Finanzlage der Bahn macht es unmöglich, daß die Bahn in ihrem jetzigen Verhältnis weiterbetrieben werden kann. Die Aktionäre der B.L.E.G. sind zu weitgehendem Entgegenkommen bereit, wenn der Kreis Karlsruhe die Bahn zu übernehmen gedenkt. Diesbezügliche Verhandlungen sind im Gange. Nach den Erläuterungen des Kreisvorsitzenden erklärten sich die anwesenden Vertreter der Gemeinden im Prinzip damit einverstanden, einen Betriebszuschuß zu gewähren, um ein eventl. Stillegen des Betriebs der Albtalbahn zu verhindern. Die Verhandlungen sollen weitergeführt werden.

Vom Preisabbau

Die Errichtung einer Preisausgleichsstelle für den Bezirk Tauberbischofsheim

Tauberbischofsheim, 6. Sept. Die Preisausgleichsstelle der für den Bezirk Tauberbischofsheim nunmehr endgültig konstituierten Organisation hat unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Greulich in Vertretung des verhinderten Amtsvorstandes ihre erste Versammlung abgehalten. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Regelung des Fleischpreises und der Viehausfuhr, und kam zu dem Entschluß, daß der Preis für ein Pfund Lebendgewicht bei Rindvieh bis 6 M, bei Kälbern bis zu 7 M und Schweinen bis zu 11 M festgesetzt werden soll. Demnach hätte der Verkaufspreis für Rind- und Kalbfleisch und Wurst 10 M und für Schweinefleisch 15 M für das Pfund zu betragen. Unter den für die Regelung der Viehausfuhr gemachten Vorschlägen ist zu erwähnen, daß der Handel mit Vieh ohne zuvorige Erlaubnis der Regierung strafrechtlich verfolgt wird. Bei Besprechung der Regelung der Kartoffelpreise wurde hervorgehoben, daß der Kartoffelertrag viel zu wünschen übrig lassen wird. Deshalb herrschte darüber Klarheit, daß der Kartoffelpreis nicht wie früher angenommen in Höhe bis zu 15 M festgesetzt werden kann, sondern daß er wohl auf 30 M (!) wird erhöht werden müssen. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, von der Festsetzung des endgültigen Kartoffelpreises vorerst abzusehen, aber als Richtung gebend, der von der Kartoffelgeschäftsstelle angezeichnete Preis von 22 M angenommen. In zwei bis drei Wochen hofft man den endgültigen Preis festsetzen zu können. Nach einer Erklärung des Direktors Hepf ist die Zentrale bereit für Tauberbischofsheim und Umgebung die Vermittlung der Kartoffeln an die Konsumenten ohne Preiszuschlag zu übernehmen.

Ettenheim, 7. Sept. Der Kommunalverband wird nach einer Bekanntmachung Personenen, auf deren Angaben hin die Verurteilung von Schiebern und Schleichhändlern mit Brotgetreide erfolgt, sofern der Kommunalverband das Getreide beschlagnahmen kann, je nach Lage des Einzelfalles eine Belohnung bis zu 500 M, in besonderen Fällen sogar bis zu 1000 M, ausbezahlen.

Radolfzell, 4. Sept. Die Obst- und Kartoffelversorgung des Kreises Konstanz war hier Gegenstand eingehender Beratung zwischen mehr als 200 Vertretern der Erzeuger und Verbraucher aus den sechs Bezirken des Kreises. Zur Versammlung unter dem Vorsitz des Landeskommissars von Konstanz Geh. Rat Wiener waren die Städtebürgermeister der Umgebung und zahlreiche Landbürgermeister erschienen. In seiner Eröffnungsansprache betonte der Vorsitzende, es handle sich vor allem darum, daß der Kreis Konstanz zuerst restlos beliefert werde, ehe Kartoffeln nach auswärts verkauft würden. Nach einer fast zweistündigen Aussprache wurde ein Ausschuß gebildet, der sofort zusammentrat und sich dahin aussprach, daß die Ausfuhr aus dem Kreise Konstanz durch das Verkehrspersonal gesperrt werden soll und Arbeiter und Landwirte versuchen sollen, bei ihren Kollegen auf einen Erzeugerpreis von 36 M für rote und 38 M für weiße Hegauer Kartoffeln hinzuwirken.

Gerichtszeitung

Salvarsanschieber. Der Landwirt Heinrich Gottfried Eger aus Frießenheim versuchte Salvarsan zu verschieben. Das Wuchergericht Karlsruhe verurteilte ihn deshalb zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis abzüglich 7 Wochen Untersuchungshaft und 600 M Geldstrafe. Der Landwirt Max Martin Nierlein aus Allmannsweier, der dem Eger behilflich war, erhielt eine Gefängnisstrafe von 1 Woche, der Unterlehrer Otto Heinrich Stelz aus Allmannsweier wurde zu der gleichen Gefängnisstrafe und beide zu je 500 M Geldstrafe verurteilt. Ein weiterer Angeklagter erhielt eine Gefängnisstrafe von 2 Tagen und eine Geldstrafe von 200 M. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. In einem anderen Falle hatte der Landwirt Gottfried Heinrich Eger mit seiner Salvarsanverschiebung von 4 Kilo Erfolg. In diesem Falle wurde er unter Einrechnung der Strafe wegen des Schleichhandelsversuchs zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis und zu einer Gesamtgeldstrafe von 7000 M verurteilt. Die Ehefrau Wilhelm Schmelze Emma geb. Scheib aus Hamsbach erhielt 5 Tage Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind, und 1300 M Geldstrafe. Der Mechaniker Hermann Ludwig Renz aus Karlsruhe und der Droschkenhalter Wilhelm Siegel erhielten je eine Woche Gefängnis und 500 M Geldstrafe, der Mechaniker Franz Zerr aus Karlsruhe eine Gefängnisstrafe von 5 Tagen und eine Geldstrafe von 300 M, die Gefängnisstrafe und ein Teil der Geldstrafe ist verbüßt. Das Urteil soll veröffentlicht werden.

Aus der Stadt

* **Karlsruhe**, 7. September.

Gegen die Gleichgültigen

* Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der schlimmste Feind des Volkes seine Gleichgültigkeit ist, die, man kann es ruhig aussprechen, den Krieg und damit den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands verschuldete. Dieser Vorwurf muß auch noch vielen Hand- und Kopfarbeitern gemacht werden. Anstatt ein Blatt zu lesen, das ihre Interessen vertritt, findet man in den Wohnungen noch vielfach die bürgerlichen sogenannten „parteilosen" Zeitungen, die in Wirklichkeit reaktionär sind.

Gewiß, der Bezugspreis des „Volksfreund" ist heute 5 Mk. im Monat, ist also gegen die Vorkriegszeit etwa sechsmal so hoch. Aber alle sonstigen Bedürfnisse sind zehn- und zwanzigmal so teuer wie früher, ein deutlicher Beweis, daß die Zeitungen nur den unumgänglich nötigen Zuschlag machen. Das Parteiblatt könnte noch mal so viel kosten und es sollte trotzdem einem überzeugten Parteianhänger nicht zu viel sein, ständig und zielbewußt für dasselbe zu agitieren. Das, was wir wollen, kann sich nur durchringen, **wenn unsere Ideen in immer weitere Volksschichten dringen.**

Jeder Genosse sollte also in Bekannten- und Freundeskreisen viel mehr für die Parteipresse agitieren, als bisher. Der Abonnentenstand hat sich zwar ansehnlich gehoben, er genügt aber noch lange nicht, um unsern Einfluß im Volke so zu festigen, wie es notwendig wäre. Auch in den öffentlichen Lokalen, Friseurstuben, sollte nicht geduldet werden, daß neben den bürgerlichen Blättern nicht auch der „Volksfreund" gehalten wird.

Die Zeit ist schwer und ernst. Ungeheure Aufgaben treten an die Arbeiterschaft heran. Wird sie all dem gewachsen sein? Alles Reden wird der Arbeiterschaft nicht vorwärts helfen, wenn sie nicht zu einer **geschlossenen Masse zusammensteht.** Einiger wie je ist der Kapitalismus in seinem Streben, unter der Arbeiterschaft aber macht sich in dieser entscheidenden Zeit, wo alles weiß, daß wir an der Schwelle des sozialistischen Zeitalters stehen, Flauheit bemerkbar. Das darf nicht sein. Eifriger und tätiger denn je müssen wir wirken, eingedenk des Goetheschen Wortes, daß es am Ende scharf geht. Deshalb alle Kraft zusammengefaßt. Es geht ums Ganze, die Zukunft der Arbeiterschaft steht auf dem Spiele. Darum auf, Parteigenossinnen und Genossen: **Agitiert für den „Volksfreund"! Das ist die vornehmste Parteiarbeit.**

Gewerkschaftsbund der Angestellten (G.D.A.), Ortsverband Karlsruhe. Die Mitglieder werden auch an dieser Stelle auf die morgen Mittwoch im „Goldenen Adler" (Karlfriedrichstr. 12) stattfindende **außerordentliche Hauptversammlung** mit der bereits bekannt gegebenen Tagesordnung nochmals aufmerksam gemacht. (Siehe Anzeige.)

„Gelbe Gewerkschaftspraktiken." Man schreibt uns: Unter dieser Spitzmarke bringen Sie in Nr. 202 Ihres Blattes eine Zuschrift, zu der wir folgendes bemerken: Der betr. 17jährige junge Mann war in einem Warenhause als Lehrling beschäftigt und da während der Lehrzeit zwischen seiner Firma und ihm Differenzen entstanden, trat er bei der Firma aus, ohne seine Lehrzeit beendet zu haben. Der Ortsverband der G.D.A. nahm ihn daraufhin für die hiesige Geschäftsstelle als Büroiehrling aus rein menschlichen Gründen auf, trotzdem er nicht beim G.D.A., sondern beim Zentralverband der Angestellten organisiert war. Er bekam als Lehrling die tarifmäßige Entlohnung von 150 M, die ihm auch beim G.D.A. gewährt wurde. Die sogenannte Kaution von 300 M diente als Sicherheit für die von ihm verwaltete kleine Kasse, Tarifverträge usw. und dieser Betrag ist als Sparkassenguthaben bei der städtischen Sparkasse Karlsruhe auf den Namen des Lehrlings angelegt.

Gewerkschaftsbund der Angestellten. — Geschäftsstelle Karlsruhe.

Der Arbeitnehmer-Verband des Friseur- und Haargewerbes hält heute abend 8 Uhr im Verbandslokale eine Versammlung ab, in der Verbandsvorsitzender Kollege Etzkorn-Berlin ein Referat über die wirtschaftliche Lage halten wird. Anschließend wird Kollege Hartmann-Karlsruhe ein Referat über das Fachliche halten. Der Besuch der Versammlung dürfte für jeden Verbandskollegen von großem Interesse sein.

Morgen, Mittwoch, abends ½8 Uhr:

Hauptversammlung des Sozialdemokratischen Vereins

mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag in Kassel". Referent Gen. Dr. Dietz, Korreferent Gen. Dr. Kraus-Heidelberg. Im Anschluß hieran Delegierten-Wahlen.

Erscheint zahlreich und pünktlich!

Gottesauer Siedelung. Etwa Mitte September sollen die zum 1. Oktober ds. Js. beziehbar werdenden Wohnungen in der Gottesauersiedelung (2. Serie) vom Wohnungsamt vergeben werden. Als Bewerber werden tunlichst nur kinderreiche Familien zugelassen, die bereits beim Wohnungsamt vorgemerkt sind. Die Personenzahl muß mindestens sechs betragen. Bewerber, die diese Vorbedingungen erfüllen, können sich gemäß Bekanntmachung des Wohnungsamts bis einschließlich Mittwoch, 8. September, vormerken lassen.

Quäkerspeisung. Nachdem die Bezirksleitung der Quäkerspeisung in Frankfurt a. M. die Mitteilung gemacht hat, daß infolge Verringerung in der Zufuhr von amerikanischen Lebensmitteln vorläufig eine Kürzung in der Zuweisung an die deutschen Städte die bisher mit der Quäkerspeisung bedacht waren, erfolgen müsse, hat das Bürgermeisteramt der Stadt Karlsruhe auf Antrag des Stadtschulrates beschlossen, die Quäkerspeisung für die Dauer vom 1. September bis 4. Oktober ds. Js. zu schließen.

Ernennungen. Das Staatsministerium hat den außerordentlichen Professor Dr. Willi Hellpach zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Psychologie, den Privatdozenten Dr. Karl Holl zum planmäßigen außerordentlichen Professor für deutsche Sprache und Literatur und den außerordentlichen Professor Dr. Ing. Richard Woernle zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Maschinenbau ernannt.

Von der Badischen Woche in Karlsruhe. Die Ausstellung von Werken badischer Künstler im Kunstverein zu Karlsruhe wird voraussichtlich am 12. September eröffnet werden. Es soll damit keineswegs eine programmatische oder gar umfassende Uebersicht geboten werden. Dazu fehlen in diesem Jahre leider sowohl die zeitlichen wie vor allem auch die räumlichen Voraussetzungen. Es kann sich also nur um eine Auswahl von Werken handeln, die in keiner Weise für Nichtbeteiligte eine Zurücksetzung bedeuten kann. Im Interesse einer wünschenswerten Heranziehung weiterer Kreise ist es besonders zu begrüßen, daß die Galerie Moos sich entschlossen hat, eine ergänzende Schau vorwiegend Karlsruher Künstler zu veranstalten, so daß die Ausstellung im Kunstverein gerade auch solche Kräfte badischer Herkunft heranziehen kann, die heute außerhalb Karlsruhe oder gar Badens wirken.

Meisterkonzert. Helge Lindberg, der im ersten Meister-Konzert der Konzert-Direktion Kurt Neufeld kommenden Freitag, 10. September, abends 7½, im Eintrachtsaal singen wird, stammt aus Finnland, zählt jedoch seit einigen Jahren zu den hervorragendsten Konzert- und Oratoriensängern Deutschlands. Eine besondere Spezialität Lindbergs sind die Arien Händels. Im Karlsruher Konzert, zu dem der Freiburger Tonkünstler Jul. Weismann als Klavierpartner gewonnen wurde, wird Lindberg neben Händel-Arien Lieder von Schubert, Hugo Wolf und Mahler zum Vortrag bringen.

Bad. Landestheater. In der vom 18.—26. September stattfindenden „Badischen Woche" kommen an musikalischen Veranstaltungen im Landestheater die Aufführungen folgender Werke in Betracht. In vollständig neuer Inszenierung und Ausstattung gelangt Kloses dramatische Sinfonie „Ilsebill" am 19. und 26. zur Aufführung. Die Partie der „Ilsebill" singt in beiden Vorstellungen die Kammersängerin Zdenka Faßbender vom Nationaltheater in München. Am 22. wird Kreutzers Oper „Ein Nachtlager in Granada", bekanntlich ebenfalls das Werk eines badischen Tonsetzers, mit Herrn Kammersänger Jan van Gorkom aufgeführt. Ganz besonderes Interesse dürfte den beiden Sinfoniekonzerten am 20. und 24. mit Werken badischer Komponisten entgegengebracht werden. Die musikalische Leitung derselben liegt in den Händen von Operndirektor Cortolezis, während die Opern Herrn Kapellmeister Lorentz dirigieren wird. Ein Kammermusikabend im Eintrachtssaal am 25. bringt eine Auswahl hervorragender Kammermusikwerke badischer Künstler unter Mitwirkung bedeutender Solisten. Ueber den Spielplan des Schauspiels in der „Badischen Woche" wird noch berichtet werden.

Im Welt-Kino wird jetzt der zeitgemäße, soziale Monumentalfilm „Retter der Menschheit" gezeigt. Dieses sehenswerte Filmwerk zeigt einen Abschnitt unserer gegenwärtigen Zeit der schwersten Not. Der Verfasser hat mit viel Geschick ein Erfinderschicksal behandelt, das in hochdramatischem Sinne wirkungsvoll zur Darstellung gelangt. Die Inszenierung der Straßenkämpfe im Vorspiel stellt ein Meisterwerk dar. Besonders interessant ist der Bau eines großen Radiumspiegels, und die damit erhoffte künstliche Herstellung der Kohle. Die Hauptrollen sind durchweg mit ersten Kräften besetzt. Alles in allem handelt es sich um ein außergewöhnliches, spannendes Filmwerk, reich an Fesselndem und Neuem, das wert ist, von jedermann gesehen zu werden.

Eigentümer gestohlener Sachen gesucht. Bei einem wegen Einsteigediebstahl inhaftierten Friseur wurde ein weiß- und rotgewürfeltes und 2 ganz weiße Badetücher gefunden, die er angeblich vor 2 oder 3 Monaten im Friedrichsbad entwendet haben will. Ferner war er im Besitze eines rot gestrichenen Korbsessels, den er aus einem Garten in der Kriegstraße geholt haben will. In beiden Fällen ist der Eigentümer noch nicht bekannt. Die Sachen können bei der Kriminalpolizei eingesehen werden.

Unfall. Gestern mittag kurz vor 12 Uhr ist der in der Werkstätte A 2 der Waffen- und Munitionsfabrik beschäftigte Glaser Günther von der Leiter gestürzt und dabei auf den Kopf gefallen. Er wurde ins neue Vinzentiushaus überführt.

Letzte Nachrichten

Die U.S.P. und die dritte Internationale

Leipzig, 6. Sept. (Privattel.) Die gestrige Generalversammlung der U.S.P. Leipzigs beschäftigte sich mit der Frage des Anschlusses an die dritte Internationale. Wenn auch ein Beschluß noch nicht gefaßt wurde, so steht der „Freiheit" zufolge die große Mehrheit der Delegierten auf dem Standpunkt, daß die **Moskauer Bedingungen unannehmbar** seien.

Eine Mitgliederversammlung der Unabhängigen in Glatz, die sich ebenfalls mit der Frage des Anschlusses an Moskau beschäftigte, lehnte die Unterwerfung unter die Moskauer Bedingungen mit 150 gegen 6 Stimmen ab und mit der gleichen Mehrheit beschloß sie den **Uebertritt des gesamten Vereins zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands.**

Valuta-Bericht vom 6. September

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 12.15 Cts. Auszahlung **Holland** notierte etwa 15.96 *M* per holl. Gulden; **Schweiz** etwa 8.23 *M* per schw. Fr.; **England** etwa 178.30 *M* per Pfd. Sterling; **Frankreich** etwa 3.48 *M* per franz. Fr.; **Neuyork** etwa 50.10 *M* per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 7. September 1920

Das nördliche Tiefdruckgebiet ist ostwärts nach der Ostsee gezogen und hat in der Nacht wieder weitverbreitete stärkere Regenfälle hervorgerufen. Es zieht jetzt nach Rußland ab, während hoher Druck von Westeuropa her nachdrängt. Eine jetzt eintretende Besserung des Wetters wird die Folge sein.

Voraussichtliche Witterung bis Mittwoch, 8. September, nachts: Zeitweise aufheiternd, meist bereits trocken, Temperatur keine wesentliche Aenderung.

Wasserstand des Rheins

Schusterinsel 300, gest. 100; Kehl 309, gest. 7; Maxau 501, gest. 24; Mannheim 390, gest. 47 Zentimeter.

Briefkasten der Redaktion.

Gen. D., Söllingen. Es ist nötig, daß Sie nochmals bei uns vorsprechen. Geben Sie uns telephonisch Bescheid, damit Sie uns auch sicher anwesend finden. Gr. W.

Noch ein Grütze-Rezept. Eine Leserin teilt uns nachfolgendes Rezept mit: Ein wenig Wasser vermischt man mit Fruchtsaft und zwar nimmt man nebst anderem auch Heidelbeersaft, weil dieser am besten färbt. Von dieser Mischung bringt man ¾ Liter zum Kochen und läßt darin ¼ Kilo gereinigte Hafergrütze oder Sago (schmeckt besser) ganz steif aufquellen; sodann füllt man die kalt ausgespülte Form und läßt die rote Grütze eine Nacht kalt stehen. — Anstatt Sago kann auch Maizena, oder Maismehl, Kartoffel- oder Reismehl genommen werden, das Mehl wird dann mit etwas Flüssigkeit verrührt in den kochenden Saft getan. Anstatt Fruchtsaft kann man auch Stachelbeer oder Rhabarber mit viel Zucker verwenden. Die sogenannten Rhabarber- und Stachelbeergrützen waren an der Wasserkante ein Nationalgericht; ob heute noch für die Arbeiterschichten, muß ich leider bezweifeln.

Schriftleitung: **Georg Schöpflin.** Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten **Hermann Kabel;** für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton **Hermann Winter;** für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten **Josef Eisele;** für den Anzeigenteil **Gustav Krüger,** sämtliche in **Karlsruhe.**

Vereinsanzeiger

Beiertheim. (Arbeitergesangverein Freiheit.) Unsere Singstunde findet nächsten Mittwoch abend ½8 Uhr statt. Wir ersuchen um recht zahlreiches Erscheinen aller Sänger. Um mündliche Weiterverbreitung wird gebeten. 5247

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheschließungen. Julius Wetzel von Triberg, Rechtsanwalt hier, mit Dorothea Henning von Weißenfels. Karl Kötzle von hier, Postbote hier, mit Frieda Krieg von hier. Karl Krügler von Wöschbach, Sicherheitspolizei-Beamter hier, mit Klara Krieg von hier. Franz Hodapp von Knielingen, Masch.-Schlosser hier, mit Hertha Ganz von Frankfurt a. M. Wilhelm Storkmann von Hagen, Buchbinder hier, mit Lydia Münch Witwe, von hier. Georg Dewerth von hier, Privatmann hier, mit Karolina Gundelfinger von Menzingen. Karl Bittmann von hier, Schneider hier, mit Marie Wendling von Sand. Edmund Kasper von Oberharmersbach, Bahnarb. hier, mit Rosa Rieger, geb. Silberzahn, von Mannheim. Otto Zotz von Groß-Fischlingen, Vers.-Inspektionsbeamter hier, mit Ella Hauth von hier. August Wicker von Berghausen, Eisendreher hier, mit Frieda Gast von hier. Adolf Mehl von Sulzfeld, Schutzmann hier, mit Barbara Smirzhalski Witwe von Forchheim. Armand Moraller von hier, Uhrmachermeister hier, mit Hermine Greulich von hier. Wilhelm Wildenberger von Kuhardt, Grenadier hier, mit Rosa Granget von hier. Karl Kuth von Stuttgart, Glaser hier, mit Emma Deck von hier. Karl Roneder von hier, Bäcker hier, mit Frieda Wirth von hier. Paul Schulenburg von Straßburg, Kaufmann hier, mit Marie Wölpper von Freudenstadt. Karl Schrein von hier, Heizer hier, mit Babette Söllner von Schwandorf. Ernst Zeiler von Enzweihingen, städt. Arbeiter hier, mit Theresia Weigel, geb. Mützel von Büchelbach. Robert Hemmer von hier, Bäckermeister hier, mit Elisabeth Brak von hier. Wendelin Ruf von Elgersweier, Stationsaufseher hier, mit Katharina Kapell von Prath. Karl Kistner von hier, Postschaffner hier, mit Elisabeth Freymüller von Durlach. August Heinrich von hier, Fabrik-Arbeiter hier, mit Bertha Acker von hier.

Todesfälle. Johann Maier, Obergeometer a. D., Ehemann, alt 71 Jahre. Henny, alt 2 Monate, V. Friedrich Dahn, Fabrik-Arbeiter. Frieda Baer, Dienstmädchen, ledig, alt 37 J.

Baubund-Möbel
kaufen Sie preiswert
und formschön gegen Barzahlung oder
erleichtert. Zahlungsbedingungen
bei der gemeinnützigen Hausratgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
4562 **Karlsruhe**
Karl-Friedrichstr. 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vormittags 8—12, nachmittags von 2—6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Einige tüchtige
Metallgießer u. Kernmacher
sowie 5249
1 Schmelzer für Baumannöfen
finden dauernde gutbezahlte Beschäftigung bei der
Metallgiesserei Emmishofen
(Schweiz) bei Konstanz.
(Zahlung erfolgt in Schweizerwährung. Für passieren der Grenze wird gesorgt).

Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung.

Vom 7. August 1920.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, da mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1.

Alle Militärwaffen sind bis zu einem von dem Reichskommissar für die Entwaffnung (§ 7) festzusetzenden Zeitpunkt an die von ihm zu bestimmenden Stellen abzuliefern. Der Reichskommissar kann bestimmen, daß zunächst nur eine Anmeldung der Militärwaffen zu erfolgen hat.

Von der Ablieferung der Waffen ist nur die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufs mit Waffen versehene Beamtenschaft befreit.

Wer nach Ablauf der Ablieferungsfrist in den Besitz von Militärwaffen gelangt, hat dies innerhalb drei Tagen der für die Ablieferung zuständigen Stelle unter Angabe der Art und Zahl anzumelden.

Die für Militärwaffen gegebenen Vorschriften finden auch auf wesentliche fertige oder vorgearbeitete Teile sowie auf Munition von Militärwaffen Anwendung. Veränderte Militärwaffen gelten als Militärwaffen dann, wenn wesentliche Teile von Militärwaffen an ihnen vorhanden sind. Nähere Bestimmungen hierüber trifft der Reichskommissar für die Entwaffnung.

§ 2.

Der Reichskommissar bestimmt, welche Waffen als Militärwaffen anzusehen sind.

§ 3.

Für die Ablieferung rechtmäßig erworbener Waffen ist Entschädigung zu leisten.

§ 4.

Allen Personen, welche die in ihrem Gewahrsam befindlichen Militärwaffen innerhalb der vom Reichskommissar festgesetzten Frist abliefern, oder welche die gemäß § 1 Abs. 2 erforderliche Anmeldung innerhalb dieser Frist erstatten, wird Straffreiheit wegen unbefugter Aneignung sowie wegen Zuwiderhandlungen gegen die über Anmeldung oder Ablieferung von Waffen und Munition bisher erlassenen Vorschriften gewährt. Soweit Straffreiheit gewährt wird, werden die verhängten Strafen nicht vollstreckt, die anhängigen Verfahren eingestellt und neue nicht eingeleitet.

§ 5.

Die Herstellung von Militärwaffen und der Handel mit ihnen ist verboten.

Ausnahmen auf Grund des Artikels 168 des Friedensvertrages werden auf Antrag durch den Reichskommissar genehmigt.

§ 6.

Wer von Waffen- oder Munitionslagern, für die eine Ablieferungspflicht besteht, Kenntnis hat oder erhält, hat unverzüglich einer der vom Reichskommissar für die Ablieferung bestimmten Stellen Anzeige zu erstatten.

Als Waffenlager gelten:

a) bei Geschützen, Minenwerfern, Flammenwerfern, Maschinengewehren oder Maschinenpistolen insgesamt 1 Stück,
b) bei Gewehren oder Karabinern des Modells 1888/98, bei Handgranaten oder Gewehrgranaten insgesamt 10 Stück.

Als Munitionslager gelten:

a) bei Geschütz- und Minenwerfermunition 20 Schuß,
b) bei Handwaffenmunition 500 Patronen.

§ 7.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung wird vom Reichspräsidenten ernannt. Er untersteht der Reichsregierung und hat seinen Sitz in Berlin.

Der Reichskommissar kann für einzelne Länder oder sonstige Teile des Reichsgebietes im Benehmen mit den Landesregierungen besondere Landes- (Bezirks-)Kommissare und Stellvertreter für diese bestellen und ihnen bestimmte Befugnisse zur Durchführung übertragen, ohne daß hierdurch seine Verantwortlichkeit berührt wird.

§ 8.

Dem Reichskommissar wird ein vom Reichstag gewählter Beirat von 15 Personen beigegeben.

Die vorherige Zustimmung des Beirats ist zu grundlegenden Ausführungsbestimmungen einzuholen. Soweit solche in dringenden Fällen untunlich ist, hat der Reichskommissar selbständig erlassene grundlegende Ausführungsbestimmungen dem Beirat zur Genehmigung vorzulegen.

§ 9.

Zum Zwecke der Durchführung der Entwaffnung kann der Reichskommissar im Rahmen der Gesetze alle ihm notwendig erscheinenden Anordnungen treffen.

Er ist auch berechtigt, Durchsuchungen und Beschlagnahmen außerhalb der durch die Strafprozeßordnung gezogenen Grenzen anzuordnen sowie eine Kontrolle des Verkehrs der Eisenbahn, der Schiffahrt, der Post, der Kraftwagen und sonstigen Fuhrwerke sowie des Luftverkehrs anzuordnen und die zur Durchführung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

§ 10.

Der Reichskommissar kann zur Durchführung seiner Aufgaben die Sicherheitspolizei anfordern und ihr Anweisungen erteilen.

Eine Anforderung der Sicherheitspolizei über den Bezirk eines Landes oder einer preußischen Provinz hinaus darf nur im Benehmen mit der Landesregierung erfolgen.

Wo die polizeilichen Maßnahmen zur Durchführung der Waffenablieferung nicht ausreichen, hat die Reichswehr dem Reichskommissar auf Ersuchen bei Durchführung seiner Aufgaben Hilfe zu leisten. Die Verwendung der Reichswehr bedarf der Zustimmung der Reichsregierung. Die Befehlsverhältnisse der Reichswehr bleiben dadurch unberührt.

Sämtliche übrigen Behörden des Reichs, der Länder und der öffentlich-rechtlichen Selbstverwaltungskörper mit Ausnahme der Gerichte haben innerhalb ihrer Zuständigkeit den Anordnungen des Reichskommissars, welche sich auf die Erfassung von Militärwaffen beziehen, unbedingt Folge zu leisten. Von Anordnungen, die an nachgeordnete Behörden der Länder ergehen, ist den vorgesetzten Dienststellen dieser Behörden Mitteilung zu machen.

Die Gerichte haben innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Reichskommissar Rechtshilfe zu leisten. Die Vorschriften des 13. Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes finden entsprechende Anwendung.

§ 11.

Der Reichskommissar ist ferner befugt, Bestimmungen über Quartierleistungen und Naturalleistungen für die Sicherheitspolizei und andere von ihm herangezogene Hilfskräfte zu erlassen sowie Belohnungen für Mitteilungen, welche der Erfassung von Militärwaffen förderlich sind, und Entschädigungen für abgelieferte Waffen zu bewilligen.

§ 12.

Der Reichskommissar hat das Recht, innerhalb der im § 1 festgesetzten Frist die Abgabe eidesstattlicher Versicherungen über Waffenschiebungen oder über den Besitz und Verbleib von Waffenlagern allgemein oder im Einzelfalle bei den von ihm zu bezeichnenden Behörden zu verlangen.

§ 13.

Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu dreihunderttausend Mark wird bestraft,

1. wer nach Ablauf der gemäß § 1 dieses Gesetzes festzusetzenden Frist Militärwaffen unbefugt in Gewahrsam hat oder der ihm gemäß § 1 obliegenden Anmeldepflicht nicht nachgekommen ist.
   Als Inhaber des Gewahrsams gilt auch der in dessen Wohnung, Gebäude, auf dessen Grund und Boden oder Schiff sich Militärwaffen mit seinem Wissen befinden.
2. wer den vom Reichskommissar oder den Landes- (Bezirks-)Kommissaren auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt,
3. wer seiner gemäß § 6 bestehenden Anzeigepflicht nicht nachkommt,
4. wer nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ohne Genehmigung des Reichskommissars Militärwaffen herstellt, anbietet, feilhält, veräußert, erwirbt oder ihre Veräußerung und ihren Erwerb vermittelt,
5. wer öffentlich vor einer Menschenmenge oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Schaustellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen dieses Gesetz od. die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Anordnungen des Reichskommissars auffordert.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu zehntausend Mark.

In schweren Fällen ist statt Gefängnisstrafe auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu erkennen.

Ist die Tat nachweislich begangen, damit die Waffen zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen verwendet werden, so tritt statt Gefängnisstrafe Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren, bei mildernden Umständen Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§ 14.

Militärwaffen, welche nicht innerhalb der festgesetzten Fristen angemeldet oder abgeliefert werden, sind vom Reichskommissar oder den von ihm bestimmten Stellen ohne Entschädigung als dem Reiche verfallen zu erklären.

§ 15.

Sämtliche Kosten des Entwaffnungsverfahrens sowie die Aufwendungen für die auf Grund dieses Gesetzes zu zahlenden Entschädigungen und Belohnungen trägt das Reich.

§ 16.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, dem Reichskommissar einen Kredit von vorläufig 200 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

§ 17.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft und mit dem 1. März 1921 außer Kraft.

Berlin, den 7. August 1920.

Der Reichspräsident:
Ebert.

Der Reichsminister des Innern:
Koch.

Erste Ausführungsbestimmung zu dem Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 1553).

Vom 22. August 1920.

Auf Grund des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 1553) wird mit Zustimmung des vom Reichstag gewählten Beirats verordnet was folgt:

§ 1.

Als Miliärwaffen sind anzusehen:

a) neuzeitliche Geschütze sowie Minenwerfer und Vorrichtungen, die zum Werfen von Sprengkörpern oder Gasbomben bestimmt sind, aller Art,
b) Granatwerfer, Flammenwerfer, Gewehrgranatenwurfbecher,
c) Maschinengewehre jeden Systems und Maschinenpistolen,
d) Militärgewehre, Karabiner, Jankgewehre, soweit für sie als Munition ein Vollkern- oder Mantelgeschoß aus Hartmetall oder ein Sprenggeschoß verwendet wird,
e) Armeerevolver,
f) Gewehrgranaten, Wurf- und Handgranaten jeder Ausführung.

§ 2.

Als wesentliche Teile von Militärwaffen sind anzusehen:

a) bei Geschützen: Rohr, Verschluß und Richtvorrichtung,
b) bei Minenwerfern: Rohr und Rücklaufbremse,
c) bei Flammenwerfern: Ringkessel und Gaskugel,
d) bei Maschinengewehren: Lauf, Schloß und Zuführer,
e) bei Maschinenpistolen, Karabinern und Gewehren: Schloß und Lauf,
f) bei Armeerevolvern: Trommel und Lauf.

§ 3.

Als Munition für Militärwaffen sind anzusehen: Sprengkörper, Zünder, Sprengkapseln jeder Ausführung sowie jede für die im § 1 aufgeführten Waffen bestimmte Munition.

§ 4.

Sämtliche Vereinigungen, die selbst oder deren Mitglieder in dieser Eigenschaft Militärwaffen oder Munition im Besitz oder Gewahrsam haben, müssen diese bis zum 1. Oktober 1920 bei den zuständigen Landes- (Bezirks-) Kommissaren unter Angabe des Ortes, wo sich die Waffen befinden, der Art ihrer Aufbewahrung sowie ihrer Zahl und Art anmelden. Ort und Zeitpunkt der Ablieferung bestimmt der Reichskommissar.

Der gleichen Anmeldepflicht unterliegen die im Besitz oder Gewahrsam von Privatpersonen oder Firmen befindlichen Militärwaffen.

a) im Falle des § 1a bis c ohne Rücksicht auf die Zahl,
b) im Falle des § 1d bis f bei einer Anzahl von 10 Stück und darüber,
c) im Falle des § 3, soweit es sich bei Geschützen und Minenwerfern um mindestens 20 Schuß und bei Handfeuerwaffen um mindestens 500 Patronen handelt.

Die Anmeldung im Falle des Abs. 1 hat durch den Vorstand oder durch die Leitung, im Falle des Abs. 2 durch den Besitzer oder Gewahrsamsinhaber zu erfolgen.

§ 5.

Die Militärwaffen, wesentliche Teile von Militärwaffen und die Munition für Militärwaffen sind vorbehaltlich der Bestimmung im § 4 Abs. 1 in der Zeit vom 15. September bis zum 1. November 1920 einschließlich an die im § 6 bezeichneten Stellen abzuliefern.

Die Ablieferungspflicht erstreckt sich auch auf solche Personen, die auf Grund eines Waffenscheins Militärwaffen, abgeänderte Militärwaffen oder wesentliche Teile von diesen im Besitz oder Gewahrsam haben.

Für einzeln liegende Gehöfte und Gemeinden sind vor ihrer Entwaffnung die zu ihrem Schutz erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Von der Ablieferung der Waffen ist nur die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufs mit Waffen versehene Beamtenschaft befreit.

§ 6.

Die Ablieferung kann bei jeder Ortsbehörde erfolgen, soweit nicht der Reichskommissar oder die Landes-(Bezirks-)Kommissäre anderweitige Anordnung treffen.

Die abgelieferten Waffen sind unverzüglich zum Gebrauch untauglich zu machen und an die vom Reichskommissar bestimmten Stellen abzuführen.

§ 7.

Wer von Waffen- oder Munitionslagern im Sinne des § 6 Abs. 2 des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 Kenntnis hat oder erhält, hat unverzüglich dem zuständigen Landes(Bezirks-)Kommissar Anzeige zu erstatten. Die Anzeige hat Ort und ungefähre Größe des Lagers sowie den Namen des Besitzers oder Gewahrsamsinhabers zu enthalten.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf Mitglieder derjenigen Vereinigungen, für welche die Waffenanmeldung durch § 4 Abs. 1 schon vorgeschrieben ist.

§ 8.

Diese Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 22. August 1920. 2474

Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung.
Dr. Peters.

Verlobte, Brautleute, Konsumenten und alle, die Bedarf haben in

Möbel

lasst Euch nicht durch Schlagworte, wie **Sonder-Verkauf, Aussteuer-Woche pluffen.** Kauft in reellen Geschäften, wo man nicht nötig hat, derartige Manöver zu ergreifen. — Ich biete Euch an, nicht nur bis zum 11. September, sondern so lange Vorrat ist und mir die Möglichkeit dazu gegeben ist:

Aussteuer I
billiger als Mark **2959**
in schön lackierter Ausführung
— Farbenwahl. —
Schlafzimmer, bestehend aus:
2 Bettladen, 1 Schrank,
1 Waschkommode, 2 Nachttische,
1 Handtuchständer, 2 Patentmatratzen
Wohnzimmer, bestehend aus:
1 Vertiko mit Spiegelaufsatz,
1 Tisch, 4 Stühle,
Küche, bestehend aus:
1 Küchenschrank, 1 Tisch, 2 Hocker.

Aussteuer II
billiger als Mark **4567**
nußbaum poliert, in formschöner guter Ware:
Schlafzimmer, bestehend aus:
2 Bettladen, Chiffonniere, 1 Waschkommode mit Spiegelaufsatz,
2 Nachttische, 1 Handtuchständer,
2 Stühle, 2 Patentmatratzen.
Wohnzimmer, bestehend aus:
1 Vertiko mit Spiegelaufsatz,
1 Tisch, 4 Stühle.
Küche, bestehend aus:
1 Küchenbüffett, 1 Tisch,
2 Stühle, 1 Hocker.

Aussteuer III
billiger als Mark **7592**
in eichen, hell u. dunkel, mod. Art
Schlafzimmer m. Schnitzerei. besteh. aus:
2 Bettladen, 1 Schrank,
1 Waschkommode m. Spiegelaufsatz,
2 Nachttische, 1 Handtuchständer,
2 Stühle, 2 Patentmatratzen.
Speisezimmer, bestehend aus:
1 Büfett, 1 Tisch, 4 Stühle.
Küche, bestehend aus:
1 Büfett, 1 Kredenz, 1 Tisch,
2 Stühle, 1 Hocker.

Aussteuer IV
billiger als Mark **9932**
in eichen, hell u. dunkel, stilvoller Ausführung und guter Qualität.
Schlafzimmer m. Schnitz., best. aus:
2 Bettladen, 1 Spiegelschr., 1 Waschkommode, Marmor u. Spiegelaufsatz,
2 Nachttische, 1 Handtuchständer.
2 Stühle, 2 Patentmatratzen.
Speisezimmer, bestehend aus:
1 Büfett, 1 Kredenz, 1 Tisch,
4 Lederstühle.
Küche, bestehend aus:
1 Büfett, 1 Kredenz, 1 Tisch,
2 Stühle, 1 Hocker.

S. Krämer Möbel- und Bettenhaus Kaiserstr. 30

Altes, renommiertes Geschäftshaus, seit 30 Jahren bestehend. 5246

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Mittwoch, den 8. ds. Mts., abends ½8 Uhr, im kleinen Festhallesaal

Haupt-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Stellungnahme zum Parteitag in Kassel.**
   Referent: Genosse **Dr. Dietz,**
   Korreferent: Genosse **Dr. Kraus-Heidelberg.**
2. Neuwahl des Bildungsausschusses.
3. Vorschlag eines Delegierten zum Parteitag und Wahl der Delegierten zu der am 12. ds. Mts. stattfindenden Wahlkreiskonferenz.

Hierzu ladet die Genossinnen und Genossen freundlichst ein. **Der Vorstand.**

NB. Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen, ohne dasselbe kein Zutritt. 5224

Gewerkschaftsbund d. Angestellten (G. D. A)

Ortsverband Karlsruhe.

Wir machen unsere Mitglieder auf die am **Mittwoch, den 8. ds. Mts.,** im **„Goldenen Adler"** (Karlfriedrichstraße 12), stattfindende

außerordentliche Hauptversammlung

mit der bereits bekannt gegebenen Tagesordnung nochmals aufmerksam. Mitgliederausweise mitbringen.
Der Vorstand.

NB. Die Geschäftsstelle des G. D. A., Waldstraße 2, erteilt kostenlos Rechtsauskünfte. Stellenvermittlung. 5217

Berichtigung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Bezirksverein Karlsruhe.

In dem gestrigen Inserat, Sitzung der Betriebsobleute betreffend, muß es anstatt Bundesdelegierte

Bandelegierte

heißen.

Aufruf!

In den Tagen vom 18. bis 26. September d. J. findet in Karlsruhe die **„Badische Woche"** statt. Dabei sind vorgesehen: Aufführungen badischer Dichter und Tonkünstler (im Landestheater), außerdem Kammerspiele und Konzertabende, eine Kunst- und eine keramische Ausstellung, sportliche Veranstaltungen u. a. m.

Infolge dieser bedeutungsvollen Veranstaltungen wird unsere Stadt in den in Betracht kommenden Tagen einen lebhaften Fremdenverkehr aufzuweisen haben, so daß die Zahl der in Hotels und Gastwirtschaften zur Verfügung stehenden Quartiere nicht ausreichen wird.

Wir bitten daher die verehrliche Einwohnerschaft, für unsere Gäste **Privat-Quartiere** bereit zu stellen und zu diesem Zweck ihre Fremdenzimmer oder andere, vorübergehend verfügbare Räumlichkeiten unter Angabe der Bettenzahl, des Preises (mit und ohne Frühstück) für je 1 Bett und der Nächte, für die sie abgegeben werden, in unserer Auskunftstelle, Bahnhofplatz 6, Tel. 5318, mündlich oder schriftlich anzumelden, woselbst dann eine Quartierliste während der Festtage aufgelegt werden wird.

Karlsruhe, den 3. Sept. 1920. 5244

Verkehrsverein (e. V.)

Bitte ausschneiden!

Fahrrad-Gummi

kauft man am besten **jetzt,** da die derzeitigen billigen Preise wahrscheinlich auf die Dauer nicht zu halten sind. Konkurrenzlos in Bezug auf Qualität, Auswahl und Preis kaufen Sie bei 5240

H. Brodführer, Kaiserstraße 5.

Prompter Versand nach auswärts.

Gelegenheitskäufe in Fahrrädern.

Volksbühne. 2471

Dienstag, den 7. September, **C 5** Anfang 7 Uhr. Ende nach ½10 Uhr.

Der Barbier von Sevilla.

Komische Oper in 3 Akten von Rossini.

Bis Anfang Oktober
keine Sprechstunden 5189
Ohrenarzt Dr. Huber.

Schweizer
Apfel- und Birnensaft

5½—6 ° Alk., feinste Qualitäten, glanzhell, **offerieren billigst**

Franz Fischer & Cie.,
Weingroßhandlung, Wein- und Trauben-Import
Fernsprecher 163. 5242

Privat-Tanzlehr-Institut
H. Vollrath
23 Sofienstr. 23.
Beginn neuer Kurse
auch in modernen Tänzen, Sept. u. Okt.
Gefl. Anmeldungen erbeten. 5090

Schirme

werden gut und billig repariert und überzogen bei **Frick,** Englerstr. 14. 5243

Vernickeln

von Fahrrad- u. Kinderwagenteilen, Herd- und Ofenbeschlägen u. s. w. führt schnell, billig und fachgemäß aus. 4861

Vernickelungsanstalt,
Karlsruhe,
32 Rüppurrerstraße 32

Platin 5176

Alt-Gold — Silber — Brennstifte — Zähne

Gebisse

kauft zu gewerblichen Zwecken. Höchste Preise.
W. Jung, Kaiserstr. 9.
1 Treppe. Nur von ½9 bis ½12, ½2 bis ½6 Uhr.

Mandolinen Gitarren

und 5006

Lauten

kauft fortwährend

Weinkraub's
An- u. Verkaufsgeschäft
52 Kronenstr. 52.

Kaufe

getrag. Kleider, Schuhe, Weißzeug, Möbel aller Art, zu reellen Preisen.

A. Schap, 3995
67 Kaiserstraße 67,
(Eingang Waldhornstr.)

Sommersprossen,

braune, fleckige Haut, Leberflecke verschwinden wie abgewaschen, auch Pickel, Mitesser. Auskunft frei, nur Rückmarke erwünscht. 2417|z

Zollaufseher **Osburg,**
Heiligenstadt (Eichsf.)

An- u. Verkauf

getragener, guterhaltener **Kleider, Schuhe, Möbel** usw. **Fridenberg,** **Adlerstraße 32.** 5178

Chaiselongues

neue, von 350 Mk. an. 2156
R. Köhler, Schützenstr. 25.

5175

PELZE
VERKAUF

32 Zirkel 32
1 Treppe hoch im Hause der Fahrradhandlung Alwin Vater
eröffnet.
Sämtliche Neuheiten in
Pelzen
aller Art eingetroffen.
Grosse Auswahl
Mässige Preise.
W. Lehmann

Für den Herbst

empfehle ich meine
Kleider-Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Werkstätte
Eugen Messner
59 Zähringerstraße 59.
Wenden, Umändern von sämtlichen Kleidern, sowie feine Maßarbeit.
— Pünktliche und reelle Bedienung. — 5231

Offenburger Anzeigen.

Lebensmittel-Versorgung

für die Zeit vom 6. bis 12. September 1920.

Ab Donnerstag wird verkauft:

Auslandszucker, Kopfmenge 125 Gr., 1,85 *M*, gegen die Lebensmittelmarke 161.

Haferflocken in Paketen, Kopfmenge 125 Gr., 1 Paket 250 Gr., 1,15 *M* gegen die Lebensmittelmarke 162.

Erbsenmehl, markenfrei, Pfund 3,60 *M*.

Margarine, markenfrei, Pfund 10,30 *M*.

Ab Freitag:

Weizenmehl 90 %, gegen die mit der Brotkarte verbundenen Weizenmehlmarken, 200 Gr. Pfund 1,30 *M*, in sämtlichen Bäckereien.

Anmerkung für die Handlungen:

Margarine wird Mittwoch nachmittag von 2 bis 4 Uhr in der Städt. Milchzentrale abgegeben. 2472

Offenburg, den 7. September 1920.
Städt. Lebensmittelamt.

Für **Offenburg** suchen wir zum 1. Oktober **zuverlässige**

Zeitungsträgerin

Bewerberinnen wollen sich bei Herrn **Karl Müller,** Schlossergasse 2, melden.

Verlag des Volksfreund.

Pfannkuch & Co

Frisch eingetroffen: 5248

Süß-bücklinge

Pfannkuch & Co

---

2 Bettstellen 1 eis. Bettstelle mit Rösten, Nachttisch **zu verk. Ludwig-Wilhelmstr. 8, V**

Haarspangen

Pfeile und Kämme werden schnell, gut und billig repariert. 5003

Janzer, Marienstr. 35, III.

Zu verkaufen:

Schneider-

Nähmaschinen, Tische, Gasbügelofen und Bügelgerätschaften,
sowie
Spiegel, Büsten, Warenschränke 2c.
Kaiserstr. 161,
Eingang Ritterstraße.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Karlsruhe.
Mitgliedschaft Durlach.

Wir setzen unsere Mitglieder davon in Kenntnis, daß unser langjähriges Mitglied

Heinrich Ludwig
Schleifer

in Aue gestorben ist. 5245

Die Beerdigung findet am Dienstag den 7. September abends ½6 Uhr in Aue statt.

Wir ersuchen unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Die Ortsverwaltung.

Baden-Baden.

2. Kleinverkaufspreise für Obst und Gemüse für die Zeit vom 6. Sept. bis 12. Sept. 1920.
Aenderungen bleiben der Marktkommission vorbehalten.

Gemüse		Marktpreis	Ladenpreis
Kartoffeln	Pfund	22 ₰	25 ₰
Blumenkohl	„	130 „	150 „
Suppen-Blumenkohl	„	70 „	90 „
Rotkraut	„	40 „	45 „
Weißkraut	„	20 „	25 „
Wirsing	„	20 „	25 „
Spinat	„	40 „	50 „
Stangenbohnen, grün	„	55 „	60 „
Gelbe Rüben, rot oh. Kraut	„	20 „	20 „
„ „ gelb „ „	„	10 „	10 „
Karotten, ohne Kraut	„	30 „	35 „
Rote Rüben, ohne Kraut	„	15 „	20 „
Kohlrabi	„	20 „	25 „
Kopfsalat	Stück	10—25 „	10—25 „
Endiviensalat	„	5—20 „	5—20 „
Lauch	Pfund	35 „	40 „
Mangold	„	15 „	20 „
Rettich	Stück	5—15 „	5—15 „
Radieschen	Bund	10 „	10 „
Salatgurken	Stück	10—30 „	10—30 „
Gewächshausgurken	„	30—60 „	30—60 „
Salzgurken	„	5—10 „	5—10 „
Essiggurken	„	3—5 „	3—5 „
Kürbis	„	15 „	15 „
Tomaten	Pfund	40 „	50 „
Rhabarber	„	15 „	20 „
Zwiebeln, getrocknet	„	60 „	70 „
Pilze	„	80 „	100 „
Melonen	„	20 „	25 „
Champignon	„	100 „	120 „

Obst		Marktpreis	Ladenpreis
Brombeeren	Pfund	100 ₰	120 ₰
Spätzwetschgen	„	60 „	70 „
Mirabellen	„	90 „	100 „
Edelpfirsiche, große	„	140 „	160 „
„ kleine	„	90 „	100 „
Weinbergpfirsiche	„	70 „	80 „
Reineclauden	„	70 „	80 „
Birnen, groß, gebrochen	„	50 „	70 „
„ klein „	„	30 „	40 „
Spalierbirnen	„	90 „	110 „
Aepfel, groß, gebrochen	„	60 „	70 „
„ klein, „	„	25 „	30 „
Fallobst	„	20 „	20 „
Trauben	„	250 „	300 „
Nüsse	„	230 „	250 „
Quitten	„	60 „	70 „

Wer unreifes Obst verkauft, hat Beschlagnahme zu gewärtigen.

Baden-Baden, den 6. September 1920.
Kommunalverband Baden-Stadt.
Prüfungsstelle für Marktwaren. 2475

Rastatter Anzeigen.

Geschäfts-Uebernahme u. Empfehlung

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Rastatt** und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich das

Kolonialwaren-Geschäft

der Frau **L. Kasper Wwe., hier, Kriegstraße 9,** übernommen habe. Zugleich erlaube ich mir, auf die noch beigelegte

Delikateßwaren-Abteilung

aufmerksam zu machen. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, die geehrte Kundschaft bei streng reeller Bedienung zufrieden zu stellen und zeichne

Hochachtungsvoll 5239

Philipp Oberländer

Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäft

Kriegstraße 9 Rastatt Kriegstraße 9.